

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2022–2025

6. Sitzung 2023

Datum	Montag, 27. November 2023
Zeit	18.00–21.56
Ort	Stadtsaal

Vorsitz	Dr. Christian Nöthiger, Ratspräsident
Protokollführer	Patrick Siegrist, Ratssekretär

Anwesend

39 Mitglieder des Einwohnerrats

Affentranger Thomas (Grüne), Einwohnerrat
Borer Adrian Dr. (glp), Einwohnerrat⁸
Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin⁷
Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin
Gaberthüel Adrian (FDP/ZM), Einwohnerrat
Gfeller Markus (SVP), Einwohnerrat^{6, 7}
Graf Michèle (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin
Guyer Gian (Grüne), Einwohnerrat^{6, 8}
Gygax Attila (glp), Einwohnerrat⁷
Gygax Daniel (FDP/ZM), Einwohnerrat^{6, 8}
Hauri Hansrudolf (SVP), Einwohnerrat^{6, 8}
Hoffmann Lena (Grüne), Einwohnerrätin⁴
Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat²
Hottiger Tobias Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat
Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat⁷
Kirchhofer André Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat⁵
Koechlin Ronni (FDP/ZM), Einwohnerrat

Kunz Silan (SP), Einwohnerrätin
 Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin^{6, 7, 8}
 Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin
 Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat⁵
 McNaught Salome (SP), Einwohnerrätin
 Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat^{3, 4, 6}
 Negri Marco (SVP), Einwohnerrat⁵
 Nöthiger Christian Dr. (SP), Einwohnerrat^{1, 4, 7}
 Plüss Andrea Dr. (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin⁶
 Schifferle Zeno (EVP-Die Mitte), Einwohnerrat
 Schindler René (SVP), Einwohnerrat
 Schürch Claudia (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin^{5, 7, 8}
 Sjöberg Anders Dr. (glp), Einwohnerrat^{5, 6}
 Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin
 Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat⁵
 Studer Yves (SVP), Einwohnerrat³ (ab 18.12 Uhr)
 Szedlák Stéphanie (EVP-Die Mitte)
 Wacker Michael (SP), Einwohnerrat^{5, 6}
 Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin⁷
 Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat (ab
 Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin^{5, 7}
 Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

Entschuldigt

Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin

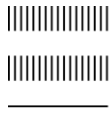
Legende

¹Präsident
²Vizepräsident
³Stimmzähler/in Büro ER
⁴Stimmzähler/in Wahlbüro
⁵Mitglied FGPK
⁶Mitglied Spezialkommission Revision Gemeindeordnung
⁷Mitglied Spezialkommission Oberstufenzentrum
⁸Fraktionspräsident/in

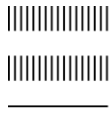
Verteiler

Mitglieder des Einwohnerrats
 Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 6. Februar 2024 auf www.zofingen.ch.



Traktanden	Seite
1. Inpflichtnahme von Thomas Affentranger (Grüne) als Einwohnerrat	268
2. Mitteilungen	268
3. Wahlen	269
- ER.2023.034 Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrats für die Jahre 2024–2025 (§ 16 Abs. 1 GO)	
- ER.2023.035 Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrats für die Jahre 2024–2025 (§ 16 Abs. 1 GO)	
- ER.2023.036 Wahl von zwei Stimmentzählern/Stimmentzählerinnen des Einwohner- rats für die Jahre 2024–2025 (§ 16 Abs. 1 GO)	
- ER.2023.039 Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommis- sion für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025	
- ER.2023.040 Ersatzwahl eines Stimmentzählers/einer Stimmentzählerin des Wahlbü- ros für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025 (§ 4 Abs. 2 GO)	
4. ER.2023.030 Budget 2024 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2024 sowie Investitionsplanung 2024–2033 der Einwohnergemeinde Zofingen	275
5. Umfrage	296
6. Verabschiedung des Einwohnerratspräsidenten	296
7. Schlussansprache des Einwohnerratspräsidenten	296



Traktandum 1 – Inpflichtnahme

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Der Ratspräsident begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Es steht die Inpflichtnahme von Thomas Affentranger (Grüne) als Einwohnerrat an. Der Präsident begrüsst das neue Mitglied im Rat.

Thomas Affentranger wird aufgefordert, vor den Stadtrat zu treten. Die Gelübdeformel wird durch den Ratssekretär vorgelesen. Die Anwesenden werden gebeten, dazu aufzustehen.

Gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats wird das anwesende neue Mitglied des Einwohnerrats vom Vorsitzenden mit folgendem Gelübde, welches vom Ratssekretär verlesen wird, in Pflicht genommen: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Das Amtsgelübde wird von Thomas Affentranger durch Nachsprechen der Worte "Ich gelobe es" geleistet. Er ist damit in Pflicht genommen und kann seine Tätigkeit aufnehmen.

Traktandum 2 – Mitteilungen

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Die **Protokolle der Einwohnerratssitzungen** vom **11. September 2023, 23. Oktober 2023 und 20. November 2023** sind noch ausstehend.

Für die heutige Sitzung hat sich Yolanda Senn Ammann entschuldigt. Yves Studer trifft später ein.

Der Rat ist **aktuell mit 38 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Wie bereits an der Sitzung vom 20. November 2023 informiert, werden auf Ende Jahr Yves Studer (SVP) und Christian Nöthiger (SP) aus dem Rat zurücktreten. Sie werden am Schluss der Sitzung verabschiedet.

Als Tischaufgabe liegt ein Flyer zum "Chalet im Advent" auf.

Es sind keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingegangen.



Traktandum 3 – Wahlen

ER.2023.034

**Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrats für die Jahre 2024–2025
(§ 16 Abs. 1 GO)**

ER.2023.035

Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrats für die Jahre 2024–2025 (§ 16 Abs. 1 GO)

ER.2023.036

Wahl von zwei Stimmenzählern/Stimmenzählerinnen des Einwohnerrats für die Jahre 2024–2025 (§ 16 Abs. 1 GO)

ER.2023.039

Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025

ER.2023.040

Ersatzwahl eines Stimmenzählers/einer Stimmenzählerin des Wahlbüros für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025 (§ 4 Abs. 2 GO)

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Nebst den ordentlich anstehenden Wahlen (ER.2023.034–036) finden zudem zwei Ersatzwahlen statt (ER.2023.039–040).

Corina Friderich (Grüne) trat per 20. November 2023 aus dem Rat aus und war Mitglied der FGPK. Christian Nöthiger (SP) tritt per 31. Dezember 2023 aus dem Rat aus und ist Stimmenzähler des Wahlbüros. Somit sind diese beiden Funktionen neu zu besetzen.

Der Verteilschlüssel wurde anfangs Amtsperiode festgelegt. Das Büro des Einwohnerrats geht davon aus, dass keine Änderungen gewünscht werden und die Ansprüche der Fraktionen auf die verschiedenen Sitze entsprechend gegeben sind.

Für das Wahlbüro schlägt das Büro des Einwohnerrats auf Vorschlag der Fraktionen und der Verwaltung folgende Personen vor:

- Lena Hoffmann (Grüne)
- Raphael Lerch (SVP)
- Andrea Plüss (EVP-Die Mitte)
- Michael Wacker (SP)
- Luc Zobrist (FDP)
- Catrin Friedli (Vizestadtschreiberin)
- Esther Burkhard (Sachbearbeiterin Stadtkanzlei)
- Tom Eichenberger (Stadtweibel)

Von Seiten Einwohnerrat gibt es keinen Einwand. Das Wahlbüro gilt somit als gewählt.



Hinweis zur Protokollführung

Die Stimmzettel für alle fünf Wahlen werden gleichzeitig vom Wahlbüro eingesammelt und anschliessend ausgezählt. Während der Auszählung geht die Sitzung weiter. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll das jeweilige Resultat gleich bei der entsprechenden Wahl.

Yves Studer trifft ein. Neue Anzahl anwesende Mitglieder des Einwohnerrats: 39

ER.2023.034

**Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrats für die Jahre 2024–2025
(§ 16 Abs. 1 GO)**

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Als Präsident des Einwohnerrats ist nominiert:

Matthias Hostettler (Grüne), bisher Vizepräsident

Gian Guyer, Fraktionspräsident Grüne

Matthias Hostettler wird von der Grünen Fraktion als Einwohnerratspräsident empfohlen. Er sitzt seit 2014 im Rat und arbeitete in verschiedenen Fraktionen mit.

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, werden die Wahlzettel ausgeteilt und ausgefüllt. Sie werden am Schluss eingezogen.

Ergebnis der Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrats

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	39	
Eingegangene Wahlzettel:	39	
Abzüglich leere Wahlzettel:	1	
Abzüglich ungültige Wahlzettel:	0	
In Betracht fallende Wahlzettel:	38	
Absolutes Mehr:	20	
Stimmen haben erhalten:		
Matthias Hostettler (Grüne):	37	Gewählt
Vereinzelte:	1	

Matthias Hostettler, Vizepräsident

Der neu gewählte Präsident dankt seinen Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen für das mit der Wahl ausgesprochene Vertrauen und erklärt mündlich Annahme der Wahl.

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Er gratuliert Matthias Hostettler zu seiner Wahl und überreicht ihm einen Blumenstrauss.



ER.2023.035

Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrats für die Jahre 2024–2025 (§ 16 Abs. 1 GO)

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Als **Vizepräsident des Einwohnerrats** ist nominiert:

Daniel Gygax (FDP), neu

André Kirchhofer, Einwohnerrat FDP

Daniel Gygax wird für das Amt des Vizepräsidenten nominiert. Er ist seit dem Jahr 2020 im Einwohnerrat, Präsident der Fraktion FDP/Zofingen macht's und war Mitglied von mehreren Spezialkommissionen, insbesondere der Spezialkommission Gemeindeordnung. Bittet, die Wahl von Daniel Gygax zu unterstützen.

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, werden die Wahlzettel ausgeteilt und ausgefüllt. Sie werden am Schluss eingezogen.

Ergebnis der Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrats

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	39	
Eingegangene Wahlzettel:	39	
Abzüglich leere Wahlzettel:	0	
Abzüglich ungültige Wahlzettel:	0	
In Betracht fallende Wahlzettel:	39	
Absolutes Mehr:	20	
Stimmen haben erhalten:		
Daniel Gygax (FDP/ZM):	36	Gewählt
Vereinzelte:	3	

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Der neu gewählte Vizepräsident dankt seinen Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen für das mit der Wahl ausgesprochene Vertrauen und erklärt mündlich Annahme der Wahl.

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Er gratuliert Daniel Gygax zu seiner Wahl und überreicht ihm einen Blumenstrauss.



ER.2023.036

Wahl von zwei Stimmenzählern/Stimmenzählerinnen des Einwohnerrats für die Jahre 2024–2025 (§ 16 Abs. 1 GO)

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Als Stimmenzähler/Stimmenzählerinnen des Einwohnerrats sind nominiert:

Markus Gfeller (SVP), neu

Salome McNaught (SP), neu

Franziska Kremer, Fraktionspräsidentin SP

Als Stimmenzählerin des Einwohnerrats wird Salome McNaught von der SP-Fraktion vorgeschlagen. Sie dankt für die Unterstützung.

Hansrudolf Hauri, Fraktionspräsident SVP

Markus Gfeller wird als Stimmenzähler des Einwohnerrats vorgeschlagen. Er sitzt schon sehr lange in diesem Rat und hat diese Funktion bereits einmal ausgeübt. Für die Unterstützung wird gedankt.

Nachdem das Wort nicht verlangt wird, werden die Wahlzettel ausgeteilt und ausgefüllt. Sie werden am Schluss eingezogen.

Ergebnis der Wahl von zwei Stimmenzählern/Stimmenzählerinnen des Einwohnerrats

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	39	
Eingegangene Wahlzettel:	39	
Abzüglich leere Wahlzettel:	0	
Abzüglich ungültige Wahlzettel:	0	
In Betracht fallende Wahlzettel:	39	
Absolutes Mehr:	20	
Stimmen haben erhalten:		
Markus Gfeller (SVP, neu):	39	Gewählt
Salome McNaught (SP, neu):	38	Gewählt
Vereinzelt gültig:	1	
Vereinzelt leere:	0	

Die beiden Gewählten erklären auf Anfrage einzeln mündlich Annahme der Wahl.



ER.2023.039

Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Als Mitglied in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission ist nominiert:

Thomas Affentranger (Grüne), neu

Gian Guyer, Fraktionspräsident Grüne

Thomas Affentranger wird als Kandidaten für die Wahl in die FGPK vorgeschlagen und hat sich für die Nachfolge von Corina Friderich bereit erklärt. Als diplomierter Architekt bringt er aus Sicht der Fraktion viel Know-How für dieses Amt mit. Zudem ist er Vorstandsmitglied im Quartierverein Altstadt.

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, werden die Wahlzettel ausgeteilt und ausgefüllt. Sie werden am Schluss eingezogen.

Ergebnis der Ersatzwahl

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	39	
Eingegangene Wahlzettel:	39	
Abzüglich leere Wahlzettel:	5	
Abzüglich ungültige Wahlzettel:	0	
In Betracht fallende Wahlzettel:	34	
Absolutes Mehr:	18	
Stimmen haben erhalten:		
Thomas Affentranger (Grüne, neu):	31	Gewählt
Vereinzelte:	3	

Der Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl.



ER.2023.040

Ersatzwahl eines Stimmenzählers/einer Stimmenzählerin des Wahlbüros für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022-2025 (§ 4 Abs. 2 GO)

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Als Stimmenzähler/Stimmenzählerinnen des Wahlbüros ist nominiert:

Salome McNaught (SP), neu

Franziska Kremer, Fraktionspräsidentin SP

Von der SP-Fraktion wird Salome McNaught für die Wahl empfohlen.

Nachdem das Wort nicht verlangt wird, werden die Wahlzettel ausgeteilt und ausgefüllt. Sie werden am Schluss eingezogen.

Ergebnis der Ersatzwahl

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	39	
Eingegangene Wahlzettel:	38	
Abzüglich leere Wahlzettel:	0	
Abzüglich ungültige Wahlzettel:	0	
In Betracht fallende Wahlzettel:	38	
Absolutes Mehr:	20	
Stimmen haben erhalten:		
Salome McNaught (SP, neu):	35	Gewählt
Vereinzelte:	3	

Die Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl.

Traktandum 4**ER.2023.030****Budget 2024 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteu-
erfusses für 2024 sowie Investitionsplanung 2024–2033 der Einwohnergemeinde Zofin-
gen**

Eintreten ist nicht bestritten.

André Kirchhofer, Präsident FGPK

Das Wichtigste kommt heute am Schluss: Der Apéro. Vorher kommt noch währschafte Kost. Der Stadtrat hat uns ein reichhaltiges Menü serviert. Am letzten Montag die Sachgeschäfte als Vorspei-
sen und heute das Budget 2024 als Hauptgang. Als FGPK-Präsident kommt mir die Aufgabe zu,
quasi ein Amuse bouche zu servieren. Ein paar Häppchen, die wie folgt aussehen: Erfolgsrechnung,
Investitionsrechnung, Ergebnisse aus betrieblicher Tätigkeit, operatives Ergebnis, Nettoinvestitio-
nen, Selbstfinanzierung, Kapitaldienstanteil, Finanzergebnisse usw.

Es ist davon auszugehen, dass alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sowie alle Stadträtinnen
und Stadträte genau wissen, was sich hinter diesen Begriffen verbirgt und insbesondere auch die
Zusammenhänge zwischen den Zahlen kennen, die zu diesen Begriffen gehören. Das ist die Voraus-
setzung, um das Budget konstruktiv, sachlich aber fair zu diskutieren.

Zum Stichwort fair: Vermutlich gibt es heute gewisse Kritik am Budget. Als FGPK-Präsident möchte
er anmerken, dass die Gault-Millau-Kritik nicht am Gastropersonal geübt wird, sondern diese Kritik
wird geübt an den 7 hauptverantwortlichen Köchen für das Budget. Oder um es explizit auszudrü-
cken: Aus Sicht der zuständigen Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter, Abteilungsleiterinnen und
Abteilungsleiter ist es verständlich und nachvollziehbar, dass man eine operative Perspektive ein-
nimmt. Man schaut, die eigene Arbeit so gut wie möglich zu erledigen und daraus folgt, dass logi-
scherweise das eine oder andere Stellenbegehren angemeldet wird. Das ist legitim. Aufgabe des
Einwohnerrats und des Stadtrats ist nicht nur eine operative Perspektive einzunehmen, sondern sich
eher auf der strategischen Flughöhe zu bewegen. Sprich, finanzpolitisch hinzuschauen. Das heisst,
es ist dann eben nicht immer nur logisch oder sachlogisch, dass man jedem Stellenbegehren Folge
gibt. Je nach politischer Haltung hat man eine andere Meinung, eine andere Ansicht.

Was hat die FGPK für Arbeit geleistet? Wir haben drei Schritte gemacht: In einem ersten Schritt ist
uns wie üblich das Budget vom zuständigen Ressortvorsteher und dem Leiter Finanzen und Control-
ling präsentiert worden. Die FGPK-Mitglieder haben dort Gelegenheit gehabt, allgemeine Verständ-
nisfragen zu stellen. Wir haben aber noch keine Diskussion geführt. Im zweiten Teil bildeten wir wie
bisher vier Zweierteams, die zugewiesene Prüfungshandlungen vorgenommen haben. Konkret wur-
den im Budget einzelne Abteilungen auf Zahlen hin geprüft. Daraus ergaben sich Fragen, die an den
Stadtrat formuliert wurden und dann schriftlich beantwortet worden waren. Die FGPK hat sich mit
dem gesamten Stadtrat getroffen, hat die Fragen noch einmal diskutiert und Ergänzungsfragen ge-
stellt. Bei diesem zweiten Teil ist es darum gegangen, für die Mitglieder des Einwohnerrats eine
möglichst objektive Grundlage zu schaffen, damit für alle klar ist, über welche Zahlen und Zusam-
menhänge man spricht, und wo es noch offene Punkte gibt. Das Verständnis für diese Zahlen soll
möglichst gut vorhanden sein.

Der dritte Teil ist der wichtigste Teil. Diesen hat man etwas vernachlässigt. Vor einem Jahr habe ich
versprochen, dass wir es anders machen. Das ist der Meinungsbildungsteil. Wenn das Budget aus
Sicht der FGPK bereinigt ist, bildet man sich eine Meinung zu diesen Zahlen. Das haben wir so ge-
macht, dass jedes FGPK-Mitglied an der Schlussitzung eine persönliche Einschätzung vorgenom-

men hat. Wir haben das Budget analysiert, hinterfragt und kritisiert. Da hat sich dann aus einer objektiven Beurteilung heraus eine subjektive Meinung ergeben. Sprich, Argumente Pro oder Kontra zu den einzelnen Budgetposten.

Was ist jetzt die Einschätzung der FGPK? Im Unterschied zu vergangenen Budgets kann man generell sagen, dass es praktisch nicht um Sachausgaben gegangen ist, sondern fast einzig und alleine um die Stellenerhöhung um 14,05 Vollzeitstellen. Diese sind sehr stark im Fokus der Diskussion gestanden. Die Meinungen dazu waren innerhalb der FGPK geteilt. Darum kommt mir auch die Aufgabe dazu, eine Mehrheitsmeinung und eine Minderheitsmeinung zu präsentieren. Die Mehrheitsmeinung ist eher eine entwicklungs- oder personalpolitische Perspektive, wonach die beantragten Stellen des Stadtrats für eine gesunde Weiterentwicklung der Stadt Zofingen notwendig sind. Die Meinung ist auch, dass die Stellen ausreichend und gut begründet sind und benötigt werden, um all die Leistungen, welche die Stadt Zofingen anbietet, weiter anbieten zu können und sie weiterzuentwickeln. Wenn man die Stellen nicht bewilligt, wäre dies eher ein Rückschritt. Das Vertrauen in den Stadtrat sollte genügend gross, um die Stelle zu bewilligen.

Eine Minderheit hat aus einer finanzpolitischen Perspektive heraus argumentiert. Bei ihr war eine grosse Besorgnis über die langfristige finanzpolitische Perspektive dieser Stadt deutlich spürbar. Man ist besorgt, dass die Selbstfinanzierung der Stadt Zofingen langfristig unter einen zumutbaren Wert absinken wird, wenn rund 2 Millionen Franken pro Jahr zusätzlich in die laufenden Ausgaben integriert werden. Auch der vorgesehene Stellenpuffer wird als äusserst problematisch betrachtet, weil damit Stellen auf Vorrat geschaffen werden. Insbesondere ist man nicht zufrieden, wie die vom Stadtrat angemeldeten Stellen begründet worden sind. Man hat zusätzlich noch Stellenbeschriebe eingefordert, aber lediglich die einzelnen Stellen kurz umrissen erhalten.

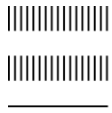
Es hat zu bestimmten Aspekten auch Einigkeit gegeben: Die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung muss zwingend und rasch verbessert werden. Im Hinblick auf die Organisationsentwicklung ist es der FGPK ein Anliegen, dass es wirklich eine Effizienzsteigerung gibt und nicht einfach deshalb, weil man am Schluss bei 7 Stadtratsmitglieder bleiben möchte. Wir erinnern daran, dass der Ausgangspunkt dieser Diskussion war, ob man 7 oder 5 Mitglieder im Stadtrat haben möchte. Ein zweiter Punkt - und er hängt stark damit zusammen - ist, dass man vom Stadtrat sehr klar erwartet, dass der strategische Output deutlich besser ist als bis jetzt. Dass man die richtige Flughöhe erwischt und sich nicht in operative Belange einmischt, sondern dass man die strategische Perspektive einnimmt und auch so arbeitet. Und drittens: Bei den Finanz- und Investitionsplänen ist die Rede davon, dass man allenfalls den Planungshorizont von bisher 10 Jahren reduzieren möchte. Wir erachten es als äusserst wichtig, dass man diesen bei 10 Jahren beibehält.

Die Empfehlungen der FGPK sind wie folgt: Zum Budget (Antrag 1) sagt die FGPK ja mit 4:3 Stimmen, bei einer Enthaltung. Von den Finanz- und Investitionsplänen (Antrag 2) nimmt sie mit 6:2 Stimmen Kenntnis.

Claudia Schürch, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Unsere Fraktion dankt für die sorgfältige Bearbeitung des Budgets und hat sich anhand der Prüffragen und Unterlagen der FGPK sowie der eigenen Prüfung gut eine Meinung bilden können. Wie es bereits im FGPK-Votum gesagt worden ist, sehen wir keinen Änderungsbedarf bei einzelnen Detailbudgetposten auf der Sachaufwandseite. Angesichts der langfristigen finanziellen Herausforderungen sehen wir das grosse Stellenwachstum sehr kritisch und haben es eingehend geprüft. Die Begehren sind für uns zwar mehrheitlich nachvollziehbar, aber der Zeitpunkt irritiert uns. Im Rahmen einer Organisationsentwicklung sollte man doch versuchen, die Effizienz zu schaffen, um denjenigen Anliegen, denen man bisher nicht genug nachkommen konnte, nun gerecht werden zu können.

Wenn der Bedarf nach dieser Organisationsentwicklung besteht, dann sollte man neue und strategische Stellen in der Verwaltung doch erst besetzen, wenn wieder eine gefestigte Organisation steht. Das macht sonst für jemanden, der mitten in einer Umstrukturierung einsteigt, einfach keinen Sinn.



Wir unterstützen deshalb die Streichung von rund 300 Stellenprozenten. Natürlich wollen wir dem Stadtrat nicht vorgeben, welche das sein sollen. Wir sehen aber, dass insbesondere im Bereich Hoch- und Tiefbau zuerst einmal Stabilität geschaffen werden soll, bevor dort Pensen aufgestockt werden. Zielführender als eine 50-Prozent-Stelle für eine juristische Beratung wäre eine Abdeckung mit externen Dienstleistungen. Ein breites Spektrum von Expertisen ist mit spezialisierten Büros besser zu handhaben. Die Erhöhung des Puffers um rund 100 Stellenprozente lehnen wir ab, weil kurzfristige Schwankungen eben durch den bisher bestehenden Puffer abgedeckt werden sollen. Wenn es grössere Veränderungen geben sollte, die darüber hinausgehen würden, dann soll der Stadtrat mit einem Geschäft in den Einwohnerrat kommen. Insbesondere wenn es darum geht, neue Dienstleistungen für andere Gemeinden zu erbringen, braucht das häufig auch Gemeindeverträge, welche sowieso in den Einwohnerrat kommen. Wir sind da gerne bereit, auch mal ein Geschäft mehr zu behandeln, statt einfach den Puffer zu erhöhen. Das führt dazu, dass wir eine Kürzung von insgesamt 400 Stellenprozenten unterstützen.

Gian Guyer, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Fraktion der Grünen dankt dem Stadtrat und allen Beteiligten für das gut ausgearbeitete Budget und wir danken auch der FGPK für die Budget-Prüfung. Das Budget bietet Gelegenheit, auch dem Personal zu danken für seine Arbeit, was ich an dieser Stelle gerne mache. Vielen Dank für euren Einsatz. Er wird geschätzt.

Das Jahr 2024 ist geprägt von hohen Investitionen, die sich im Budget niederschlagen. Dass die hohen Nettoinvestitionen von 24 Millionen Schweizer Franken zu 61 Prozent selbst finanziert werden können, wird von unserer Fraktion sehr positiv gewertet. Natürlich kommen auch in den folgenden Jahren noch hohe Investitionen auf uns zu und die Nettoschuld wird steigen. Trotzdem zeichnet sich da eine positive Entwicklung ab. Schaut man nämlich ins Budget 2018, so ist für Ende 2024 eine Nettoschuld von 64 Millionen Schweizer Franken prognostiziert worden. Im Budget 2020 wurde für Ende 2024 eine Nettoschuld von 34 Millionen Schweizer Franken erwartet. Im Budget 2023, also letztes Jahr, ist für Ende 2024 noch eine Nettoschuld von 11 Millionen Franken prognostiziert worden. Vor diesem Hintergrund ist das jetzt prognostizierte Nettovermögen per Ende 2024 von 5 Millionen Franken aus unserer Sicht sehr gut. Auch für die Folgejahre zeichnet sich eine positive Entwicklung ab. Die Verschuldungsprognose für die nächsten paar Jahre ist seit dem letzten Budget nach unten korrigiert worden. Der 2016 prognostizierte Höchstwert von 35 Millionen Franken Maximalverschuldung hat sich nun auf 29 Millionen Franken reduziert. Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr: Die Stadt Zofingen hat eine qualitative Entwicklung durchgemacht und die Attraktivität der Stadt hat sich gesteigert. Gerade auf diese Entwicklung ist stark zu achten. Falls Zofingen an Attraktivität verliert, fallen nämlich wichtige Steuererträge weg. Dies wiederum bedeutet, dass der Steuerfuss angehoben werden muss. Es ist also sehr wichtig, das Angebot an Dienstleistungen, Kultur und Freizeit aufrechtzuerhalten. Ich habe im Umkreis einige Bekannte, die nach dem Studium wieder zurück nach Zofingen zurückgefunden haben und sich jetzt hier niederlassen; dies vor allem deshalb, weil Zofingen ihnen eine attraktive Lebensqualität bietet. Diese attraktive Lebensqualität ist unbedingt zu fördern. Aus Sicht unserer Fraktion ist es dem Stadtrat gut gelungen, die Balance zwischen den jetzigen Investitionen und der Zurückhaltung für die Zukunft zu finden. Aus unserer Sicht wird auch begrüsst, dass man mehr für die Instandhaltung der städtischen Liegenschaften budgetiert. Da ist in den letzten Jahren zu wenig gemacht worden, was zu einem gewissen Nachholbedarf geführt hat, dem man jetzt gerecht werden muss. Zusammengefasst: Wir werden dem Budget 2024 zustimmen und die Kürzungsanträge grundsätzlich ablehnen.

Adrian Borer, Fraktionsvotum (glp)

Herzlichen Dank allen Verwaltungsabteilungen und dem Stadtrat für die Erarbeitung des Budgets. Als Fraktionschef danke ich auch den Mitgliedern der FGPK für die fachliche und wichtige Vorprüfung. Nach der Kenntnisnahme der Diskussion in der FGPK haben wir in der Fraktion entschieden, dass wir unsere Diskussion ebenfalls auf den Stellenplan fokussieren.

Uns ist wichtig, dass wir heute ein breit abgestütztes Budget verabschieden können. Es kommt für uns nicht infrage, dass wir heute Abend weggehen, ohne ein Budget verabschiedet zu haben.

Die glp steht der Schaffung von eher strategischen Stellen in der Stadtverwaltung grundsätzlich positiv gegenüber. Da ist die Zentrumsfunktion der Stadt zu erwähnen, die auch von unseren Nachbargemeinden häufig in Anspruch genommen wird. Die Nachbargemeinden sollen bei uns mit einer angemessenen Vorlaufzeit Leistungen bestellen können. Die glp unterstützt darum die Schaffung von Stellen, welche durch andere Gemeinden fremdfinanziert sind. Die weiteren Stellenbegehren sind zum Teil gut, zum Teil weniger gut begründet. Wir genehmigen ein globales Stellenbudget. Darum wollen wir Grünliberalen jetzt der Stadt nicht im Detail vorrechnen, welche Stellen wir gerechtfertigt finden und welche nicht. Aber es gibt mehrere Gründe, den Stellenplan nicht so, wie er beantragt ist, zu genehmigen. Eine Erhöhung des Stellenplans hat bleibende Folgen: Die gebundenen Ausgaben steigen dauerhaft auf ein höheres Niveau. Zum zweiten Mal hintereinander ist ein Anstieg der Ausgaben pro Einwohner/Einwohnerin von Zofingen budgetiert. Dass wir auch bei der Stadtverwaltung ein Mengenwachstum bei den Ausgaben haben, muss man akzeptieren. Es sollte aber nicht zu einem überproportionalen Anstieg der Ausgaben führen. Die Kennzahl Ausgaben pro Einwohner/Einwohnerin ist sehr wichtig und zeigt uns, dass wir in dieser Hinsicht nicht in die richtige Richtung unterwegs sind; auch angesichts der anstehenden grossen Investitionen. Und hat man im Stadtrat, in der Stadtverwaltung, überlegt, ob es nicht irgendeine Abteilung oder ein Ressort gibt, wo man vielleicht eine halbe Stelle einsparen könnte. Gibt es das wirklich nicht?

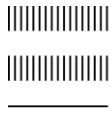
14 Stellen zu schaffen, ist für uns zu viel. Es ist uns aber klar geworden, dass wir helfen wollen, einen Kompromiss mit einem reduzierten Stellenplan zu suchen und diesem zustimmen wollen. Es braucht die eine oder andere neue Stelle. Neun neue interne Stellen sind uns grossmehrheitlich zu viel. Wir haben mitgeholfen, einen überparteilichen Antrag zu definieren und werden dem Antrag einstimmig zustimmen, nämlich das globale Stellenbudget um 400 Stellenprozent zu kürzen. Wenn die Diskussion um den Stellenplan eines gezeigt hat, dann ist es, wie wichtig es ist, dass wir die Reorganisation des Stadtrats von 7 auf 5 Ressorts rasch vorantreiben.

Daniel Gygax, Fraktionsvotum (FDP)

Der Fraktion FDP/Zofige macht's ist es wichtig, den geschätzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Zofingen recht herzlich für ihren Einsatz für unsere Stadt zu danken. Einen ganz speziellen Dank möchten wir an die Finanzabteilung richten, die hervorragende Arbeit geleistet hat. Nicht nur im Zusammentragen von Zahlen, sondern auch beim Aufarbeiten und Beantworten von zahlreichen Fragen der Fraktionen und von Einzelpersonen.

Einen guten Steilpass habe ich am Samstag bekommen, wo ich in einem Fraktionsbericht gelesen habe, es sei ein gutes Budget. Was macht ein gutes Budget aus? Betriebswirtschaftlich können wir erst in 16, 18 Monaten sagen, ob das ein gutes oder schlechtes Budget gewesen ist. Dann, wenn uns der Stadtrat und die Stadtverwaltung den Jahresabschluss 2024 vorlegt. Wenn wir heute sagen, das ist ein gutes Budget, dann ist das eine politische Wertung. Und aus unserer Sicht sagen wir nicht, ob das ein gutes oder schlechtes Budget ist. Sondern wir sagen, das Vorgehen bei der Erarbeitung dieses Budgets entspricht nicht dem, was wir erwartet haben. Vor allem die Zahlen, die wir dort drin sehen, mit denen sind wir nicht einverstanden.

Der Stadtrat schreibt einleitend zum Budget, es sei ihm ein grosses Anliegen, ein realistisches Budget vorzulegen. Unsere Fraktion hofft, dass das nicht ein Anliegen ist, sondern eine Vorausset-



zung sein sollte. Ein Budget soll das wiedergeben, von dem wir heute bereits wissen, was einzunehmen und was auszugeben ist. Ein Budget ist aber auch immer mit sehr vielen Sondereffekten oder Unvorhergesehenem konfrontiert. Vor allem punkto Sondereffekte haben wir in den letzten Jahren in den Rechnungsabschlüssen gesehen, dass wir diese ganz gut bewältigen können.

Ohne den Sondereffekt STWZ bleibt uns noch ein knapper budgetierter Gewinn von 3,5 Millionen Franken. «Knapp» ist nicht wertend gemeint. Wenn wir die erwarteten zusätzlichen Steuereinnahmen von 2,9 Millionen Franken davon abzählen, dann haben wir noch CHF 600'000 Ertragsüberschuss, mit denen wir eine Reserve aufbauen und eben all die Sondereffekte, die wir aus den letzten Jahresrechnungen kennen, noch abfangen sollen. Für uns ist das kritisch. Wir hören heute Abend diverse Kennzahlen. Kennzahlen sind nichts anderes als das Ergebnis einer mathematischen Formel. Die Zahlen liegen einfach schwarz auf weiss vor. Ob man diese Kennzahlen aber gut oder schlecht findet, ist auch wieder eine politische Wertung. Was wir aber nicht gut finden, ist ein Budget, das über 14 neue Stellen beinhaltet. Die 14 Stellen im Wissen zu schaffen, dass in knapp fünf Wochen eine Reorganisation anstehen soll, über die wir nicht viel wissen, scheint uns kritisch. Wir wissen nur, dass einzelne Abteilungen damit grosse Mühe haben, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Reorganisation angeblich nicht mittragen, dass Leistungen in gewissen Bereichen ausgelagert worden sind, wo trotzdem noch Stellenerhöhungen geplant sind. Das ist für uns schwierig zu verstehen.

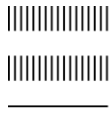
Der Stadtrat setzt für das Budget zwei Schwerpunkte: Einerseits will er der Bevölkerung weiterhin Dienstleistungen im qualitativ und zeitlich erwarteten Rahmen anbieten können. Andererseits will der Stadtrat einen Nachholbedarf beim städtischen Unterhalt von Infrastrukturen abdecken. Was es an Leistungsabbau bedeuten würde, wenn wir diese Stellen nicht schaffen würden, wissen wir nicht. Welche städtischen Infrastrukturen dringend einen erhöhten Unterhalt benötigen, wissen wir auch nicht.

Es wird immer wieder gesagt, dass die Verwaltung keine Projekte anstossen kann. Wir haben die Schaffung einer Projektleiterstelle für die letzten zwei Jahren bewilligt. Wir haben Verschiebungen in der Stadtkanzlei, weg von juristischen Tätigkeiten zu mehr Projekt- und strategischer Arbeit. Und das soll immer noch nicht ausreichen, um mehr Projekte in der Stadtverwaltung umzusetzen? Es freut mich, dass es uns gelungen ist, einen überparteilichen Kompromiss zu finden, um den Stellenplan um 400 Prozent zu reduzieren. Wieso wir den Stellenplan um 400 Prozent reduzieren wollen, dazu kommen wir gerne in der Detailberatung. Sollte das Budget ohne die Reduktion von 400 Prozent im Stellenplan so bestehen bleiben, lehnt unsere Fraktion das Budget ab.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum (SP)

Die letzte Sitzung im Jahr ist nie meine Liebste. Seit zwei Jahren liegt es an mir, über Zahlen zu reden, die uns vorliegen und uns manchmal trotzdem nicht ganz klar sind. Oft wird an dieser Stelle abgerechnet, monatelange Arbeit wird in Zahlen, Budgetposten und Kennzahlen auseinandergenommen, viele gemeindepolitische Visionen, personelle Notstände, Projekte und Ideen werden in Einzelteile zerlegt, auf Herz und Nieren geprüft, ab und zu entlarvt und oft weggespart oder von uns allen etwas totgeredet. Visionen, Projekte und Investitionen treffen auf Spargelüste, auf Ideen, welche wir als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte für den Stadtrat oder die verschiedenen Ressorts hätten und haben.

Aber auf einen Teil der Budgetsitzung freue ich mich immer sehr: Auf das Danke sagen. Ich möchte heute Abend Danke sagen; all jenen, die hier sind, aber auch denen, welche nicht anwesend sind und täglich für uns Bürgerinnen und Bürger von Zofingen arbeiten. Ich will es aber auch nicht unterlassen, den Mitgliedern der FGPK zu danken. Seit ich im Rat bin, ist das nicht immer so gewesen. Durch die von der FGPK geleistete Arbeit, durch die Fragen, die dort schon gestellt und behandelt worden sind, haben wir es als Fraktion einfacher gehabt, haben einen anderen Einblick bekommen und bessere Grundlagen gehabt, um entscheiden zu können, insbesondere auch jetzt beim Budget.



Wir haben es heute Abend schon mehrfach gehört: Und ja, wir finden es ein gutes Budget. Wir sind der Meinung, dass wir mit den Zahlen, die uns vorgelegt werden, arbeiten können. Wir sind stolz darauf, dass vieles offengelegt worden ist.

Aufgrund der vielen anstehenden Investitionen wird es aber, und das sehen auch wir, wohl die eine oder andere schwierige Diskussion geben. Dennoch ist es uns wichtig, dass möglichst viele der geplanten Investitionen getätigt werden können; sei es im Unterhalt oder sei es in der Pflege von Liegenschaften. Dem Vorredner muss teilweise widersprochen werden. Wir wissen zum Teil, wo es brennt oder eben, wo es hineinregnet.

Die Zeiten sind hart. Das Geld ist nicht da oder knapp und die Ressourcen auch. Dass man sich bezüglich der personellen Ressourcen gut überlegt hat, was man braucht und was man noch zusätzlich braucht, darauf vertrauen wir. Wir wünschen uns, dass wir im Rahmen der Reorganisation dann noch etwas mehr Einblick bekommen, was wo genau gebraucht und eingesetzt wird. Die SP-Fraktion wird dem Budget grundsätzlich unverändert zustimmen. Bei Anträgen wird sie aber fallweise entscheiden, wie sie dazu steht.

Hansrudolf Hauri, Fraktionsvotum (SVP)

Auch die SVP-Fraktion hat das Budget heftig diskutiert. Obwohl es auf den ersten Blick ansprechend daherkommt, blicken wir mit Besorgnis auf die erhöhten Personalkosten; vor allem angesichts der schlechten Selbstfinanzierung bei den sehr grossen Investitionen, welche in den nächsten Jahren anstehen. Besonders kritisch sieht die Fraktion die Stellenerhöhung um rund 14 Vollzeitstellen und die damit verbundene Steigerung der Personalkosten. Seit Legislaturbeginn hat der Stadtrat ein unglaubliches Ausgabewachstum zugelassen. Die SVP-Fraktion befürchtet, dass die Entwicklung in den nächsten Jahren zu negativen operativen Ergebnissen führt.

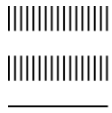
Die SVP-Fraktion unterstützt den Stellenzuwachs im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit, der vollständig durch Dritte refinanziert wird. Die Mehrheit der Fraktion hätte gerne um sechs Vollzeitstellen reduziert. Wir haben hier aber durch intensive Verhandlungen und Austausch mit den anderen Fraktionen gemerkt, dass das keine Mehrheit finden würde. Darum werden wir dem Kompromissvorschlag zur Kürzung von vier Vollzeitstellen zustimmen. Falls dieser Antrag nicht durchkommt, werden wir das Budget ablehnen.

Peter Siegrist, Stadtrat

Zum Budget 2024: Es gibt einen Rückblick auf die Vergangenheit und einen Ausblick in die Zukunft. Wir haben weiterhin eine positive Entwicklung der Sozialhilfekosten. Die Entwicklung der Steuererträge ist ebenfalls positiv. Das Nettovermögen pro Einwohner wir per 01.01.2024 über CHF 1'000 betragen. Wir haben eigentlich eine sehr gute Ausgangslage.

Das jetzige Budget präsentiert ein sehr gutes Ergebnis mit einer guten Selbstfinanzierung. Der Schwerpunkt liegt beim Personal. Wir möchten eine attraktive Arbeitgeberin bleiben. Wir möchten eine gute Dienstleistungserbringerin sein und qualitative, zeitgerechte und weiterhin regionale Dienstleistungen erbringen. Wir haben Nachholbedarf beim Unterhalt. Was uns in den nächsten paar Jahren beschäftigen wird, ist die Digitalisierung. Bis sie umgesetzt ist, brauchen wir Ressourcen.

Zur Erfolgsrechnung: Die Abschreibungen werden in Zukunft wegen den Investitionen zunehmen. Vermutlich werden wir die Selbstfinanzierung schwergewichtig über die Abschreibungen finanzieren und der Rest wird vermutlich nicht vorhanden sein. Im Jahr 2024 haben wir einen Überschuss von rund 300'000 Franken gegenüber einem Minus im letzten Jahr von einer halben Million. Wie es herauskommt, wissen wir eigentlich erst, wenn die Rechnung da ist. Auf dieser Rechnung sollte eigentlich immer eine schwarze 0 stehen, d.h. volkswirtschaftlich betrachtet sollte das Budget eigentlich ausgeglichen sein. Wenn wir längere Zeit immer Gewinn machen würden, müssten wir eigentlich mit dem Steuerfuss runter. Wenn wir längere Zeit Minus machen würden, dann müssten wir mit dem



Steuerfuss rauf. Darum ist das Ziel aus Sicht der Volkswirtschaft eine schwarze 0. Es gibt aber noch eine andere Erfolgsrechnung, nämlich diejenige des Finanzvermögens. Dort gibt es den Finanzaufwand. Der beinhaltet die Sollzinsen für unsere Investitionen. Auf der anderen Seite steht der Finanzertrag. Dieser setzt sich zusammen aus Mieteinnahmen der stadteigenen Liegenschaften, Beteiligungen und Baurechtszinsen. Das ist ein sehr schöner Ertrag. Solange dieser Ertrag die Sollzinsen abdeckt, können wir auch investieren. Investieren heisst, wir haben Geld und setzen das in Immobilien um, deren Wert dann eigentlich immer vorhanden ist. Ohne Sonderdividende der STWZ hätten wir gleich noch einen Überschuss von rund 3,2 Millionen Franken.

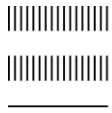
Vom Budget 2024 bis zur Rechnung 2022 ergibt das einen Durchschnittswert von 3,5 Mio. Franken. Wenn man das mit einem 3-prozentigen Sollzins aufrechnet, könnten wir im Prinzip 116 Millionen stemmen, nur mit der Finanzrechnung. Wenn wir das betriebliche Budget diszipliniert im Griff haben, können wir auch zukünftig die Investitionen steigern, ohne dass wir das Finanzbudget beanspruchen.

Bei der Investitionsrechnung beträgt die Selbstfinanzierung im Budget 2024 rund 14 Millionen. Das heisst, dass wir rund 9 Mio. Franken Fremdkapital aufnehmen müssen. Bei einem Sollzinssatz von 2 % ergibt das rund 180'000 Franken. Im Budget 2023 haben wir Fremdkapital von 3,7 Millionen benötigt. Bei einem Zinssatz von 2 Prozent ergibt das Kosten von rund 74'000 Franken. Das können wir relativ gut decken.

In den letzten 10 Jahren (2015–2024) hatten wir einen durchschnittlichen Fiskalertrag von rund 38 Millionen Franken. Bei der Selbstfinanzierung beträgt der Durchschnitt in diesem Zeitraum 10 Millionen. Das ist im Gesamtschnitt ein guter Wert. Der Nettoaufwand in den letzten 10 Jahren ist im Schnitt 31 Millionen gewesen. Das Wachstum pro Jahr bei den Einwohnern beträgt im Schnitt 149. Das ist ein Nettowert, welcher der Differenz der Zu- und Abgänge entspricht. Der Nettoaufwand pro Jahr und Einwohner ist 2'612 Franken und die Steuerkraft pro Einwohner liegt bei 2'811 Franken. Das heisst, wir können den Nettoaufwand mit der Steuerkraft tragen. Damit will ich zeigen, dass wir wirklich auf einem guten Weg sind. Es gibt aber Herausforderungen: In Zukunft werden wir durch die höheren Investitionen höhere Abschreibungen haben. Diese höheren Abschreibungen sind im betrieblichen Aufwand enthalten. Das bedeutet, dass es irgendwann anderswo knapp wird und wir optimieren müssen oder – das Gesetz lässt das auch zu – ins Minus gehen, bis sich das Ganze wieder einpendelt hat und die Investitionen und Abschreibungen zurückgehen. Dann sind wir eigentlich auf dem richtigen Weg.

Was heisst das jetzt für den Stadtrat und für den Einwohnerrat? Wir sind gut aufgestellt. Mit dem betrieblichen Ergebnis stellen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern den Service Public zur Verfügung. Wenn wir dort übertreiben und zu viel machen und gleichzeitig auch mit Investitionen übertreiben, dann wird es mittelfristig eine Steuererhöhung brauchen. Denn ein guter Service Public und eine Top-Infrastruktur haben ihren Preis. Das muss uns einfach bewusst sein. Es muss aber ein guter Service Public angeboten werden. Investitionen sollen sinnvollerweise vorgenommen werden, wo wir müssen, nicht ohne an gewissen Orten auch einmal nein zu sagen. Wenn wir das einhalten, werden wir kein Problem haben. Ich sehe jetzt auch keine Probleme mit diesem Budget.

Wir haben gesagt, die Schwerpunkte liegen beim Personal, der städtischen Infrastruktur und der Digitalisierung. Die städtische Infrastruktur muss unterhalten werden, damit sie in einem guten Zustand ist und daraus auch ein Finanzertrag resultiert (durch Vermietungen). Dafür brauchen wir Personalressourcen. Das ist eine Grundvoraussetzung. Digitalisierung benötigt am Anfang ebenfalls mehr Personal. Es gilt, Projekte umzusetzen. Dabei gibt es entweder die Variante, wo man deswegen im Tagesgeschäft hinterherhinkt, oder man macht es mit Unterstützung externer Beratung. Bei uns ist geplant, dass die Digitalisierung mit Leuten unserer Verwaltung umgesetzt wird. Das heisst, wir müssen sie stützen, damit sie neben dem Tagesgeschäft die Kapazität haben, sich auch noch um die Digitalisierung zu kümmern. Wenn die Digitalisierung umgesetzt ist, werden wir den Service Public sogar verbessern können, ohne grosse Mehrkosten. Danach ist es auch möglich, dass wir bei



den personellen Ressourcen gewisse Reduktionen vornehmen können. Und aus dem Grund ist der Stadtrat überzeugt, dass die beantragten Stellen für eine gut funktionierende und dienstleistungsorientierte Stadtverwaltung notwendig sind.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Die Zahlen und die Ausführungen, die wir soeben zur Kenntnis nehmen durften, finden sich nicht in den Ausführungen zum Budget. Es war der FGPK wichtig gewesen, die Zusammenhänge aufzudecken. Ich erwarte, dass, wenn der Stadtrat ebenfalls Zusammenhänge herstellen und erklären möchte, er dies auch in einer verständlichen Form mitteilt. Ich bin überzeugt, in dieser kurzen Zeit ist das für die meisten nicht komplett verständlich gewesen. Es ist auch eine Zahlenspielerlei, wenn man sagt, man habe eine gute Ausgangslage mit einem Nettovermögen per 2024 von 1'075 Franken pro Einwohner. Dann muss man im gleichen Atemzug erwähnen, dass im Finanz- und Investitionsplan eine Nettoschuld von 2'097 Franken enthalten ist – sprich 3'000 Franken mehr. Wenn man sagt, dass das Ziel ist, das betriebliche Ergebnis ausgeglichen zu gestalten, kann man ebenfalls im Finanz- und Investitionsplan nachlesen, dass das Ziel nicht erreicht wird, sondern ab 2027 ein Minus resultiert. Gleichzeitig setzt sich der Stadtrat auch das Ziel, dass man einen Steuerfuss von 99 % beibehalten will. Daran will man nicht schrauben. Das ist eine ehrenwerte Absicht. Aber ich würde schon gerne noch vom Finanzvorsteher hören, wie man aus dem Dilemma herauskommt, dass man auf der einen Seite die Investitionen hoch halten, den Steuerfuss aber gleich behalten und die Selbstfinanzierung dort lassen will, wo sie ist. Das geht nicht auf.

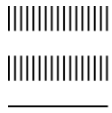
Und dann noch ein Wort zur Selbstfinanzierung: Dass diese in der Vergangenheit im Durchschnitt bei 10,7 Millionen gewesen ist, ist nicht relevant. Relevant ist, wie sie sich in Zukunft entwickelt. Und dort haben wir dieses Jahr im Erläuterungsbericht des externen Revisors auf Seite 9 von 31 Seiten lesen dürfen, dass sie im Moment bei 6,4 Millionen liegt. Das ist definitiv zu tief. Seine Empfehlung war mehrfach hintereinander, dass die Selbstfinanzierung zu erhöhen sei. Wir haben ein Investitionsvolumen bis ins Jahr 2033 von 104 Millionen und jetzt zusätzliche Personalkosten von 2 Millionen in der Erfolgsrechnung eingestellt. Auf 10 Jahre gerechnet ergibt das 20 Millionen. Das ist ein Fünftel des Investitionsvolumens. Schon alleine diese Zahlen zeigen, dass die Selbstfinanzierung mit 6,4 Millionen, wie sie heute ist, zu tief ist und dass man sie erhöhen muss.

Die ganzen Berechnungen, die wir hier gesehen haben, basieren auf einer Annahme: Wenn diese Annahme nicht zutrifft, bricht alles wie ein Kartenhaus zusammen. Die Annahme lautet, dass das Steuervolumen der Stadt Zofingen konstant bleibt oder sogar steigt. Das ist aber nicht der Fall. Wenn man sich anschaut, wie viel die besten Steuerzahler in Zofingen ausmachen, dann sieht man, dass dies ein beträchtlicher Teil ist. Und es besteht auch ein gewisses Klumpenrisiko. Wenn bestimmte Steuerzahler abwandern, dann haben wir das Steuersubstrat nicht mehr. Dann geht die Rechnung nicht mehr auf.

Ich würde daher Peter Siegrist einfach und klar die Frage stellen: Was ist das oberste Ziel? Soll der Steuerfuss bei 99 % gehalten werden? Sollen Investitionen getätigt werden? Sollen Schulden abgebaut werden? Was ist das finanzpolitische Ziel? Bitte in einem einzigen Satz!

Peter Siegrist, Stadtrat

Das Ziel ist die Standortattraktivität, ein ausgeglichener Finanzhaushalt und ein gleichbleibender Steuerfuss, wenn das geht. Die 1'075 Franken sind ein Nettovermögenstand per 31. Dezember 2023. Das ist eine Zahl, die wir für den 31. Dezember 2023 errechnet haben. Die in einem Budget oder Investitionsplan enthaltenen Zahlen haben eine gewisse Genauigkeit. Aber wir wissen erst nach der Rechnung, wie es dann tatsächlich ist. Bezüglich Klumpenrisiko von Personen, die sehr viel Steuern zahlen: Ich tausche mich regelmässig mit dem Chef des Steueramts aus. Dieses Klumpenrisiko ist nicht vorhanden. Zur Selbstfinanzierung: Die erwähnte Selbstfinanzierung von 6,4 Millionen



Franken ist diejenige des Jahres 2023. Wir sprechen hier aber vom Budget 2024, wo wir eine geplante Selbstfinanzierung von 14 Millionen Franken haben.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Wir haben in unserer Medienmitteilung gesagt, dass die SP der Meinung ist, dass ein gutes Budget vorgelegt wurde, oder sogar ein sehr gutes. Ich sage jetzt, warum ich das so sehe. Ich gehe extra nur auf das Budget ein und nicht auf die Rechnungen. Es wurde immer wieder der betriebliche Aufwand genannt, der schlecht aussehe. Der Stadtrat schreibt in seiner Botschaft zum Budget auf Seite 17, dass das Budget erstmals seit mehreren Jahren ein positives betriebliches Ergebnis vorsieht. Man muss sich aber auch mal alte Budgets ansehen. Die findet man auf der Webseite. Wenn ich sehe, dass man im Jahr 2019 für das Budget ein betriebliches Ergebnis von minus 1,95 Millionen Franken budgetiert hat, im Jahr 2020 minus 1,7 Millionen Franken, im Jahr 2021 minus 2,7 Millionen Franken, im Jahr 2022 minus 1,447 Millionen Franken und im Jahr 2023 minus 452'000 Franken, dann ist das alles andere als gut. Die Rechnungen haben jeweils anders ausgesehen. Die Differenzen waren jeweils mindestens 3 Millionen Franken in positiver Richtung. Das betriebliche Ergebnis war am Schluss also immer um ein Vielfaches besser als budgetiert. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat ein realistisches Budget vorgelegt hat. Ich glaube, dass wir das betriebliche Ergebnis von 315'000 Franken erreichen werden.

André Kirchhofer ist auf den Finanz- und Investitionsplan zu sprechen gekommen und auf die Selbstfinanzierung. Ich gebe dazu gerne eine Antwort, aus der Vergangenheit heraus und aus meiner Tätigkeit in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission; ich bin ja auch schon länger dabei. Dort hat der Vorgänger der heutigen Stadtpräsidentin uns immer mantraartig mitgeteilt, dass wir 5,5 Millionen Franken erreichen müssen, um die Investitionen in der Zukunft tragen zu können. Das bedeutet nicht unbedingt mit Vermögen im Hosensack, sondern vielleicht auch mit einer gewissen Schuldenlast. Es ist richtig, dass die Empfehlungen des Rechnungsprüfers andere Zahlen enthalten haben. Aber die Zeiten ändern sich nun mal. Wenn man sich die Zahlen ansieht, die man budgetiert und die man erreicht hat, dann hat es dort immer in die positive Richtung ausgeschlagen.

Daniel Gygax hat im Fraktionsvotum der FDP gesagt, dass im Liegenschaftsunterhalt Angaben fehlen, wodurch es zu Überraschungen kommen könnte. Ich habe in der letzten Sitzung schon gesagt, dass es dort zwei gab: In der Vorlage zur Trinerplatten ist erwähnt worden, dass der Starkstrominspektor den Zustand der Anlagen moniert hat, mangels Unterhalt. Auch im Parkhaus hat die Gebäudeversicherungsanstalt Auflagen gemacht, weil der Unterhalt mangelhaft ist. Zum Verbindungsgang im kleinen Saal des Stadtsaals macht die Gebäudeversicherungsanstalt sicherheitsrelevante Auflagen. Das zeugt für mich davon, dass der Liegenschaftsunterhalt nicht ernst genommen wird. Da gibt es wahrscheinlich noch einiges, weshalb die Aussagen, die im Budget enthalten sind, von Seiten des Stadtrats sicher richtig sind.

Mehrfach wurden die Stellen erwähnt. Ich habe im Budget sogar einen Stellenabbau gefunden und zwar auf Seite 111 beim Parkhaus. Dort streicht man seitens Stadtrat 25 Prozent vom Lohn-Budget. Begründung: Das Outsourcing im Bereich des Unterhalts hat gezeigt, dass es weniger aufwändig ist als erwartet. Das ist für mich ein Zeichen, dass der Stadtrat durchaus erkannt hat, wo er den Hebel ansetzen und wo er personell investieren muss. Im Moment, wo man Desinvestitionen im Personalbereich machen kann, und das zeigt das Beispiel des Parkhauses, merkt er das sehr gut und handelt danach. Daher würde es mich jetzt interessieren, wo man die 400 Stellenprozente, die man kürzen will, einsparen soll?

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Das Votum vom Michael Wacker kann man so nicht stehen lassen. Ich möchte auf ein paar Sachen reagieren, die er gesagt hat. Ich finde, es hat gute Punkte drin gehabt, aber gewisse würde ich gerne

widerlegen. Die relevante Frage ist: Können wir die Investitionen zahlen oder nicht? Das ist eigentlich die einzige relevante Frage, wenn wir die nächsten 10 Jahre anschauen. Es gibt in einem Budget Positionen, die man kaum beeinflussen kann: Pflegerestkosten, Sozialhilfe und Abgaben in den Finanzausgleich. $\frac{1}{3}$ der Ausgaben, ca. 40 Millionen pro Jahr, sind Personalkosten. Die sind beeinflussbar.

Ich habe die Personalkosten und die Entwicklung genauer angeschaut und beschränke mich auf die Einwohnergemeinde ohne Spezialfinanzierungen und Regionalpolizei. Es wurde Budget mit Budget verglichen. Von 2017 bis 2022 sind die Personalkosten im Schnitt relativ linear um CHF 340'000 pro Jahr gestiegen. Nun liegt das zweite Budget des Stadtrats in seiner neuen Zusammensetzung vor. Das Budget 2023 war sein erstes Budget. Dort stiegen die Personalkosten um 1,65 Millionen gegenüber dem Vorjahr. Mit dem zweiten nun hier vorliegenden Budget steigen die Personalkosten um 2,04 Millionen gegenüber dem Vorjahr. Die Zwischenbilanz des neuen Stadtrats nach 2 Jahren ist 1,85 Millionen pro Jahr. Das ist ein Faktor 5. Es ist nicht eine Verdoppelung oder eine Verdreifachung, es ist eine Verfünfachung. Alles was in der Erfolgsrechnung zusätzlich ausgegeben wird, steht in der Zukunft für Investitionen nicht zur Verfügung. Uns stehen in den nächsten 10 Jahren Nettoinvestitionen von über 100 Millionen Franken bevor. Ich bin nicht einverstanden mit der Bemerkung, Investitionen pendeln sich schon wieder ein. Das ist nicht so. Wir diskutieren bereits über das nächste Schulhaus nach dem Oberstufenzentrum, nach dem nächsten Strassenprojekt. Die Investitionen pendeln sich nicht wieder ein, die bleiben. Und es ist auch richtig, dass wir diese tätigen, um ein attraktives Zofingen zu haben. Die Rechnung ist relativ einfach. Die Ausgaben in der Erfolgsrechnung sind wiederkehrend. 2 Millionen pro Jahr ergeben für die nächsten 10 Jahre 20 Millionen. Das Geld steht dann nicht zur Verfügung, um Schulhäuser und Strassen zu bauen. Der Stadtrat hat sich zu einem Steuerfuss von 99 Prozent bekannt. Wenn man die geplanten Investitionen tätigen will, gibt es also nur einen Weg: Das Wachstum der Ausgaben in der laufenden Rechnung im Griff behalten. Wenn wir mit der Finanzpolitik weitermachen, so wie sie bisher in der laufenden Legislatur betrieben worden ist, dann kommt es in einigen Jahren zum Crash. Viele von uns werden dann wahrscheinlich nicht mehr in der Zofinger Politik aktiv sein. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt Verantwortung übernehmen, damit die nachfolgenden Amtsträger und Amtsträgerinnen auch noch finanzpolitischen Spielraum haben werden. So können wir nicht weitermachen.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Die Zahlen für das Jahr 2024 habe ich nicht gehabt; aber ich habe den Investitions- und Finanzplan gehabt. Die Hauptaussage ist, dass sich die finanzielle Situation von rund 1000 Franken Vermögen pro Einwohner zu 2000 Franken Schuld pro Einwohner verlagert. Wir verschulden uns mit der finanzpolitischen Strategie, die der Stadtrat in den letzten 2 Jahren einzuschlagen begonnen hat, ganz massiv. Letztlich finanzieren wir die eingestellten Investitionen über Schulden. Dessen muss man sich bewusst sein und dazu kann man selbstverständlich eine unterschiedliche Meinung haben. Zum Gebäudeunterhalt: Der ist tatsächlich vernachlässigt worden und es gibt Nachholbedarf. Aber das sind Ausgaben, die einmal, zweimal anfallen und nicht jährlich wiederkehrend sind. Die 2 Millionen, die man jetzt für zusätzliche Stellen bewilligen will, die bleiben uns erhalten. Seit ich 2011 im Rat bin, habe ich noch nie erlebt, dass je eine Stelle gestrichen worden ist und Beträge wieder aus dem Budget gestrichen worden sind. Deshalb stehe ich dem Budget sehr skeptisch gegenüber. Nicht aus einer operativen, sondern aus einer finanzpolitischen Perspektive heraus. Ich bin überzeugt, dass wir uns so ein Budget vielleicht dieses Jahr noch leisten können aber langfristig eben nicht. Die 2 Millionen bringen wir langfristig nicht mehr aus dem Budget heraus, weil sie fix verplant sind.

Béatrice Zinniker, Einwohnerrätin

Ich habe noch zwei Ergänzungen. Wenn man Budget mit Budget vergleicht, also Schätzungen mit Schätzungen, ist das eine unsichere Sache. Über den Aufwand und Ertrag gerechnet, Budget 2024 verglichen mit Ist-Zahlen 2022, haben wir im Aufwand eine Steigerung von 15 Prozent (Vergleich 2024 mit 2022) und im Ertrag eine Zunahme von 4 Prozent. Das ist schon einmal ein Hinweis, dass unser Aufwand und Ertrag ein bisschen auseinanderlaufen und wir dies sicher im Auge behalten müssen. Eine ergänzende Bemerkung zur Selbstfinanzierung: Diese reicht meiner Meinung nach nicht. Wir müssten im Schnitt von ein paar Jahren einfach mindestens das, was wir investieren, mit der Selbstfinanzierung reinholen. Davon sind wir weit entfernt. Die dieses Jahr ausgewiesene Selbstfinanzierung von 14 Millionen Franken beinhaltet eine Sonderdividende der StWZ von CHF 7,3 Millionen. Das ist nicht Bargeld, sondern das ist eine ältere Liegenschaft, die wir übernehmen, welche vermutlich noch sanierungsbedürftig ist. Das ist nicht Geld in der Kasse, sondern eben vielleicht noch eine Hypothek. Die Investitionen sind hoch, die müssen wir möglichst in Grenzen halten und das gleiche gilt auch für die Ausgaben. Wir können uns nichts erlauben, sonst hinterlässt man einen Schuldenberg, für den Zinsen zu zahlen sind und der weitere Investitionen einschränkt.

Peter Siegrist, Stadtrat

Noch etwas zu den Schulden: Mit einer Selbstfinanzierung pro Jahr von 14 Millionen Franken könnten wir niemals ein Oberstufenzentrum von 42 Millionen stemmen. Wer ein Haus kauft, bezahlt dies selten alles mit Eigenmitteln, sondern es wird auch Fremdkapital gebraucht. Wichtig ist, dass wir die Zinsen für das aufgenommene Fremdkapital mit unseren eigenen Mitteln decken können. Das ist die Voraussetzung und wir schreiben das Ganze über die Zeit ab. Das ist alles vorgegeben und dadurch ist es dann wieder refinanziert. Wenn wir die Schulden resp. die Zinsen mit dem Finanzvermögen tilgen können, stehen wir nicht schlecht da.

Zum Budget-Budget-Vergleich von Tobias Hottiger bezüglich Stellenanstieg: Das müsste nettomässig angeschaut werden. Wir haben von anderen Gemeinden Aufgaben übernommen. Diese Stellen müsste man natürlich abziehen. Das ist ein Bruttozuwachs. Im Budget 2024 sind beim Stellenplan 5,1 Stellen enthalten, die vollumfänglich durch Dritte übernommen werden. Einen Crash gibt es bei einer Gemeinde nicht. Der Crash heisst Steuererhöhung.

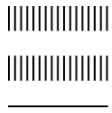
Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Crash, das war metaphorisch gemeint. Eine Steuererhöhung wäre aber für die eine oder andere Person ein kleiner Crash im Portemonnaie. Wir sind uns einig, dass wir bei diesen 99 Prozent bleiben möchten. Das ist ein wichtiges Kriterium.

Ich habe von Brutto-Zahlen geredet. Beim Personalaufwand haben wir natürlich gedacht, dass das die Erklärung sein wird. Ich habe mir darum noch die Zahlen herausgeschrieben. Es ist nicht ganz einfach, wenn man lediglich das Budget hat und nicht alle Finanzkennzahlen. Nach meinem finanztechnischen Wissen müssen sich die fremdfinanzierten Stellen als Entgelte im Budget finden lassen. Die Entgelte habe ich analysiert. Diese sind tatsächlich von 2023 auf 2024 etwas hinaufgegangen. Aber nie in demselben Ausmass, wie der Personalaufwand steigt. Da bin ich mal gespannt auf die Erklärung, wo sich dann das Geld findet, wenn das alles fremdfinanziert sein soll. Es ist ein kleiner Teil fremdfinanziert. Das ist richtig. Man kann die Zahlen ein bisschen runterkorrigieren. Aber wir reden von Faktor 5. Es ist einfach viel, viel mehr als vorher.

Marco Negri, Einwohnerrat

Zu den Erklärungen von Peter Siegrist habe ich ein Verständnisproblem. Es ist richtig, dass auch der Private solche Investitionen nicht subito decken kann. Das ist bei der Stadt genau das Gleiche. Nebst den Zinsen müssen aber auch die Abschreibungen aus der laufenden Rechnung gedeckt werden können. Das können wir, wenn wir den Finanzplan auf Seite 25 anschauen, ab dem Jahr 2027



einfach nicht mehr. Da reicht es nicht zu sagen, den Zins für die Verschuldung, den können wir schon zahlen. Wir müssen auch die Amortisationen hineinholen können. Das kriegen wir nach 2027 nicht mehr hin. Von 2029 bis 2033 resultiert aus dem operativen Ergebnis ein Minus. Das heisst, wir können den operativen Betrieb nicht mehr selbstkostendeckend tragen. Das kann doch nicht das Ziel des Stadtrats sein, dass man sagt, das spielt keine Rolle, operativ sind wir jetzt einfach 10 Jahre im Minus. Eine schwarze Null ist super. Wenn wir eine schwarze Null erreichen, dann können wir den Steuerfuss halten. Das Ziel muss sein, dass wir die positiven Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre oder Jahrzehnte weiterhin nutzen können, um auch einmal über eine Steuersenkung nachzudenken. Die Attraktivität von Zofingen lebt davon, dass wir gegenüber unseren Nachbargemeinden einen tollen Steuerfuss und ein super Angebot haben.

Wir müssen an dieser Kostenschraube, an dieser Aufwandsschraube drehen. Wenn man schaut, dass das operative Ergebnis ab 2029 immer etwa bei 2,5 Mio. ist, dann ist das genau die Zahl, über die wir heute reden, nämlich diejenige durch die Erhöhung um diese Stellenprozente.

Peter Siegrist, Stadtrat

Als ich neu in den Stadtrat gekommen bin, lief noch ein Optimierungsprogramm. Nach einem Optimierungsprogramm gibt es eine gewisse Zeit Ruhe. Dann kommen die Bedürfnisse, die durch die Optimierung weggefallen sind. Das ist ein normaler Prozess.

Unser Problem sind die Abschreibungen. Diese beanspruchen einen grossen Teil der Ertragsseite. Deshalb müssen wir in Zukunft diszipliniert sein. Diese darf nicht noch mehr belastet werden. Wir müssen versuchen, den Service Public zu halten, bis die Digitalisierung umgesetzt ist und wir wieder mehr Luft haben. Das ist eine Herausforderung. Vielleicht müssen wir bei gewissen Investitionen nicht alles top machen, sondern das Nötige, um weiterfahren zu können. Wir können nicht wie in der Privatwirtschaft weniger abschreiben. Das ist vorgegeben. Das ist auch positiv. Das zeigt uns, dass wir versuchen müssen, diese Abschreibungen in Griff zu bekommen. Ich sehe es immer noch als Chance, wenn wir jetzt beim Personal hochfahren und uns stabilisieren können, um damit die Digitalisierung möglichst schnell umzusetzen. Dann kommen wir hoffentlich wieder in eine Zeit, wo wir Sachen einsparen und die nächste Optimierung machen können. Bei der Digitalisierung müssen wir wirklich noch einen Schritt vorwärts machen. Das hat man in den letzten paar Jahren nicht gross gemacht.

Michael Wacker, Einwohnerrat

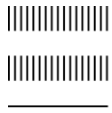
Damit wir in Zukunft unsere Aufgaben erfüllen können, müssen wir wahrscheinlich erst eine Personalinvestition tätigen, auch wenn sie Geld kostet. Das ist ganz sicher zielführend als Investition in die Zukunft.

Noch eine Antwort zum Thema Steuerfussenkungen oder Steuerfusserhöhungen. 2017 hat der Kanton Aargau eine Steuergesetzrevision gemacht. Die Kantonssteuern und die Gemeindesteuern sind quasi abgetauscht worden. In Zofingen wurde der Bonus von 3 Prozent der Bevölkerung weitergegeben. Die Gemeindesteuer wurden von 102 auf 99 Prozent gesenkt. Die meisten Nachbargemeinden haben 2017/2018 ihre Steuerfüsse beibehalten. Das kann man als versteckte Steuererhöhung sehen. Hier in Zofingen war dies de facto eine Steuersenkung. Heute Abend geht es um die Stellen, die kommunale Aufgaben wahrnehmen müssen und nicht um regionale oder um solche, die einem Transferaufwand geschuldet sind.

Béatrice Zinniker, Einwohnerrätin

Eine Abschreibung ist nicht irgendein Unkostenfaktor der belastet, sondern eine Abschreibung bildet den Wertverzehr einer Investition ab. Eine Abschreibung stellt sicher, dass, wenn die Nutzungsdauer abgelaufen ist, eine Ersatzinvestition getätigt werden kann.

Der Vergleich mit der Privatwirtschaft ist nicht ganz korrekt. Es gilt dieselbe Ausgangslage mit den



gleichen Abschreibungstabellen wie sie eine Stadt hat. Die Nutzungsdauer der Anlagen ist massgebend und innerhalb dieser Nutzungsdauer muss das Geld mit den Abschreibungen wieder reingeholt werden.

Peter Siegrist, Stadtrat

In der Privatwirtschaft gibt es maximale Abschreibungssätze. Dort muss man aber nicht so viel abschreiben, wie es bei maximalen Abschreibungssätzen nötig wäre. Bei den Gemeinden haben wir fixe Sätze, und wir können nicht weniger abschreiben. Das ist der Unterschied.

Das Budget 20243 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2024 wird im Detail beraten.

1. Einleitung (Seiten 4 f.)

Béatrice Zinniker, Einwohnerrätin

Zu Seite 3, 3. Abschnitt: Dort steht: *"Vor diesem Hintergrund wurde aufwandseitig sehr restriktiv und ertragsseitig "realistisch-optimistisch" budgetiert. Dies hat zur Folge, dass bei unvorhergesehenen Ereignissen der budgetierte Betrag nicht ausreichen wird."* Das tönt nach einer Methodenänderung in der Budgetierung. Könnten wir da nähere Anhaltspunkte haben, ob man tatsächlich mit anderen Voraussetzungen budgetiert hat als in früheren Jahren.

Peter Siegrist, Stadtrat

Das wurde schon letztes Jahr so gemacht. Es sollen keine künstlichen Reserven eingebaut werden. Wenn Unvorhergesehenes dazwischenkommt, wird das entsprechend begründet.

2. Ergebnisse Budget 2024 (Seiten 6 ff.)

Keine Wortmeldungen

3. Kennzahlen (Seiten 17 ff.)

Keine Wortmeldungen

4. Bemerkungen zum Budget der Erfolgsrechnung (Seiten 21 ff.)

Keine Wortmeldungen

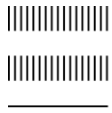
5. Zahlenteil (Seiten 23 ff.)

Barbara Willisegger, Einwohnerrätin

Zu Seite 72, Schulliegenschaften, Kto. 2170.3612.01: In den Erläuterungen auf Seite 73 steht, dass für Einrichtungen und bauliche Anpassungen im Primarschulhaus BZZ CHF 69'000 Franken eingestellt sind. Warum ist der Mittagstisch nicht mehr im Spittelhof? Warum hat man das Thema Mittagstisch nicht beim Neubau des Schulhauses berücksichtigt? Was für bauliche Anpassungen werden mit den CHF 69'000 gemacht, das Mittagessen wird ja angeliefert? Handelt sich es da um eine vorübergehende Lösung?

Lukas Fankhauser, Stadtrat

Der Mittagstisch findet aus Platzgründen nicht mehr im Spittelhof statt. Es gibt zu viele Anmeldungen, die im Spittelhof nicht mehr berücksichtigt werden können. Deshalb erfolgt der Wechsel. Der Betrag von CHF 69'000 wird für den Einbau einer Küche benötigt. Es wird nicht gekocht, aber angerichtet. Das ist nicht vorübergehend, sondern es soll so bleiben. Es besteht dort Ausbaupotenzial. Dieses Angebot der Tagesstrukturen ist sehr gefragt.



Markus Gfeller, Einwohnerrat

Zu Seite 120, Landwirtschaft, Konto 8140.3636.00: Ich stelle den Antrag auf Beibehaltung des Gemeindebeitrags an den Viehversicherungsverein Zofingen. Dieser Beitrag wird seit Jahrzehnten an den Verein geleistet. Er setzt sich aus einer Jahrespauschale von CHF 3'500 und einer Fallpauschale von CHF 300 zusammen. Die FGPK hat anlässlich der Rechnungsprüfung nach der Rechtsgrundlage für diese Zahlung gefragt. Es handelt sich um eine freiwillige Zahlung, gestützt auf einen Stadtratsbeschluss. Eine rechtliche Grundlage gibt es nicht. Der Stadtrat hat anschliessend den Vertrag gekündigt und den Betrag auf null gesetzt. Die ursprüngliche Begründung für diesen Betrag war der Siedlungsdruck ("Littering"). Der Abfall am Strassenrand landet oftmals in der Futterkrippe und schliesslich im Magen der Tiere, was häufig einem Todesurteil gleichkommt.

Der Viehversicherungsverein hat die Aufgabe, die Schadenfälle für die Tierhalter wirtschaftlich abzufedern. Die Entschädigung beträgt einen Bruchteil dessen, was ein gesundes Tier an Wert hat. Es geht nicht darum, daraus Profit zu schlagen. Es ist ein Solidaritätsbeitrag der Gesellschaft an diejenigen, die Wiesen im Naherholungsgebiet und entlang von Strassen nutzen und pflegen.

Das Problem ist mit dem Beitrag von CHF 5'000 nicht gelöst. Die Betroffenen berichten, dass es sogar schlimmer geworden ist. Der Zeitpunkt für die Abschaffung dieses Betrags wird deshalb nicht verstanden.

Die Gemeinden Oftringen und Brittnau leisten ebenfalls einen solchen Beitrag. Zudem zahlt Brittnau die Entsorgung von Kadavern. Die Landwirte in Zofingen zahlen mit dem Geld der Versicherung die Entsorgung. Die entsprechende Ertragsposition für diese Weiterverrechnung findet sich auf Seite 115 im Konto 7300.4260.00.

Antrag

Die Aufwandposition im Konto 1.8140.3636.00, Beitrag an Viehversicherungsverein Zofingen, sei von CHF 0 auf CHF 5'000, wie bisher, zu erhöhen.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Grundsätzlich habe ich Sympathien dafür. Es wurde vom Stadtrat ausgeführt, dass keine rechtliche Grundlage dafür besteht. Wie ist die Position des Stadtrats? Will man eine solche schaffen und wie stellt man sich zu diesen CHF 5'000 im aktuellen Budget?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Aufgrund der Antwort der Viehversicherung sind wir zum Schluss gekommen, dass es sich um eine freiwillige Versicherung handelt. Der Stadtrat beschloss deshalb, diesen Betrag herauszustreichen.

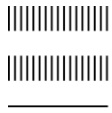
Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Das ist ein sinnvoller Beitrag an die Viehversicherung. Als Stadt sind wir dafür zuständig, dass das Littering nicht überhandnimmt und der Abfall wegtransportiert wird. Wir haben kürzlich hier solche Litteringsammelgruppen unterstützt. Dennoch kann Abfall liegenbleiben. Den Viehbesitzern soll man entgegenkommen und sie unterstützen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Das ist jetzt so ein Beispiel: Notwendiges vom Wünschbaren trennen: Interessant ist, dass der Antrag von der bürgerlichen Seite kommt. Markus Gfeller hat recht: Es handelt sich um einen Solidaritätsbeitrag. Die Betroffenen können in der Regel für den Schaden nichts dafür. Ich sage es nochmals: Das ist nicht notwendig, aber es ist wünschbar und es ist zu 100 Prozent unterstützungswürdig.

Adrian Borer, Einwohnerrat



Es ist eine freiwillige Versicherung und wir machen einen freiwilligen Beitrag. Ich verstehe das nicht ganz.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Im Budgetprozess kam der Auftrag aus der FGPK, diese Position zu überprüfen. Wir haben auch festgestellt, dass der Jagdzins nicht mehr ausgerichtet wird. Dieser Beitrag ist freiwillig, weshalb wir diesen nicht mehr zahlen wollen.

Peter Siegrist, Stadtrat

Der Beitrag an den Viehversicherungsverein wurde durch den Jagdbeitrag finanziert. Das wurde damals als Bedingung in diesem Papier aufgeführt. Der Jagdbeitrag geht jetzt an den Kanton. Die Begründung dafür ist jetzt nichtig, da die Finanzierung fehlt. Man kann das aus solidarischen Gründen zahlen, aber die Grundlage ist nicht mehr gegeben.

Antrag von Markus Gfeller

Die Aufwandposition im Konto 1.8140.3636.00, Beitrag an Viehversicherungsverein Zofingen, sei von CHF 0 auf CHF 5'000, wie bisher, zu erhöhen.

Abstimmung

Der Antrag von Markus Gfeller wird mit 21:11 (ja/nein) Stimmen angenommen.

6. Kreditkontrolle (Seiten 158 ff.)

Keine Wortmeldungen

7. Stellenpläne 2024 (Seiten 168 ff.)

Daniel Gyga, Einwohnerrat

Ein überparteiliches Komitee stellt nachfolgenden Antrag zum Stellenplan der Einwohnergemeinde Zofingen.

Antrag

Das Total Stellenprozente der Einwohnergemeinde von 16'889 Stellenprozente sei um 400 Stellenprozente auf neu Total 16'489 Stellenprozente zu reduzieren.

In der Eintretensdebatte zum Budget 2024 wurde ausführlich über finanzpolitische Konsequenzen, Einnahmen, Ausgaben oder die fehlende Strategie des Stadtrats diskutiert. In der Spezialkommission zur Revision der Gemeindeordnung wurde mit dem Stadtrat zusammen ein klares Vorgehen definiert, wonach Stellenbegehren dem Einwohnerrat nicht mehr einzeln, sondern als globalen Stellenplan vorzulegen sei. Das ist ein wichtiges Instrument, dem alle Parteien und der Stadtrat zugestimmt haben. Ein weiterer Punkt war die Frage, ob sich der Stadtrat von 7 auf 5 Mitgliedern reduzieren will oder nicht. Seit der konstituierenden Sitzung im letzten Jahr ist diesbezüglich «tote Hose». Wir wissen nicht, was die Stadt Zofingen mit dem Stadtrat plant. Die Fraktion FDP/ZM vertraut dem Stadtrat noch so weit, dass er die Kompetenz hat, den Stellenplan so auf die Abteilungen auszugestalten, wie er das in seinen strategischen Überlegungen für richtig und nötig empfindet. Aus diversen Fraktionsmeldungen hat man gehört, dass eine beantragte Erhöhung des Stellenpuffers von 125 Prozent auf 230 Prozent keine Mehrheit im Rat findet. Wir haben aus diversen Voten gehört, dass der Zeitpunkt als kritisch betrachtet wird, wenn wir heute einige Stellenerhöhungen in Bereichen sprechen, die noch mitten in der Reorganisation sind, wo wir nicht wissen, findet die Reorganisation statt, wird sie von den leitenden Mitarbeitenden mitgetragen und vor allem, was noch viel wichtiger ist, wird sie

von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitgetragen.

Wir haben vom Finanzvorsteher gehört, dass die Digitalisierung höchst begrüsst wird. Dieser haben wir einstimmig zugestimmt. Wo die Digitalisierung aber schliesslich zu mehr Effizienz führen soll, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Raum für die Projektarbeit haben, erschliesst sich aus dem Budget 2024 nicht.

Mehrere Fraktionen haben intensiv über die Höhe der möglichen Stellenreduktion diskutiert. Wir haben uns auf 400 Prozent geeinigt. Eine Reduktion um 400 Stellenprozente beinhaltet immer noch den Puffer. Wir sind davon überzeugt, dass eine Reduktion des globalen Stellenplans um die 400 Prozent zu keinem Leistungsabbau für Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt führt.

Salome McNaught, Einwohnerrätin

Wenn eine Reorganisation am 1. Januar 2024 beginnen soll, dann muss doch klar sein, was für Stellen gebraucht werden und welche eben nicht. Das muss sich der Stadtrat überlegt haben. Entsprechend macht es Sinn, dass er diese Stellenbegehren nun auch vorlegt. Dass der Zeitpunkt ungeeignet sein soll, verstehe ich deshalb nicht. Unsicherheiten im Rahmen einer Reorganisation bestehen immer. Deshalb hat man den Puffer erhöht, um diese abzudecken. Es macht Sinn, dem so zuzustimmen.

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Ergänzung: Es ist genau noch ein begrenztes Vertrauen gegenüber dem Stadtrat vorhanden. Wenn in fünf Wochen eine Reorganisation «live gehen» soll, und der Stadtrat nicht in der Lage ist, der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission Stellenbeschriebe vorzulegen, und wenn es gegenüber dieser Reorganisation vehemente Opposition gibt, dann weiss der Stadtrat nicht, wie die Reorganisation stattfinden soll.

Adrian Borer, Einwohnerrat

Wir haben darüber diskutiert, wie ein solcher Antrag daherkommen soll. Wir wollen nur 10 statt 14 Stellen schaffen. Weshalb sagt man nicht, welche vier Stellen man nicht haben will? Wir haben gesagt, wir wollen ein Globalbudget, um nicht mehr über einzelne Stellen diskutieren zu müssen. Wenn die neue Organisation am 1. Januar startet, fangen nicht 10 neue Mitarbeiter an. Das ist ein langfristiger Prozess. Ich bezweifle, dass man im neuen Kalenderjahr überhaupt 10 Stellen besetzen kann. Die Philosophie des Globalbudgets bedeutet, dass der Stadtrat entscheidet, wie er die 10 zusätzlichen Stellen besetzen will. Diese Flexibilität müssen wir dem Stadtrat geben. Der Antrag soll so angenommen werden.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Ich stelle keinen Gegenantrag, unterstütze diesen aber nicht. Zur Reorganisation der Verwaltung: Die Organisation der Verwaltung ist eine Exekutivaufgabe. Die Einflussmöglichkeit des Einwohnerrats ist, Stellenprozente zu erhöhen, oder sie zu reduzieren. Es ist zu bedenken, dass durch die Reorganisation zusätzliche Arbeit anfällt und die Arbeit nicht weniger wird. Das Ziel, bspw. die Stadt weiterzuentwickeln, fällt nicht weg.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Ich bin überrascht, dass seitens SP ein Zusammenhang mit dieser Organisationsentwicklung hergeleitet wird. Ich zitiere Stadtpräsidentin Christiane Guyer aus dem Zofinger Tagblatt vom 24. August 2023, wo sie Stellung zur Stellenerhöhung im Budget 2024 nimmt: *"Mit der geplanten Organisationsstruktur hat dies nur am Rande zu tun."* Wir reden heute nicht über die Organisationsentwicklung im Zusammenhang mit diesen Stellenerhöhungen. Das hat nur am Rande etwas damit zu tun.



Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Ich habe jetzt drei Stunden zugehört. Was wir uns da anhören müssen, ist nicht ganz fair. Man spricht von einem Stadtrat ohne Strategie, der nicht weiss, was er will. Bleiben wir bei den Fakten: Wir haben einen guten Finanzplan und ein gutes Budget erstellt. Ein Budget, das in den letzten Jahren nie ein negatives betriebliches Ergebnis gehabt hat.

Wenn man sagt, die Personalkosten nehmen extrem zu, dann verstehe ich das auf der einen Seite und das sieht der Stadtrat auch. Auf der anderen Seite hat sich die Arbeitssituation grundsätzlich verändert. Vor Jahren gab es noch x Bewerbungen auf Stellen. Heute müssen wir schauen, dass die Arbeitgeberattraktivität wirklich gut bleibt. Dies einerseits bei den Löhnen, andererseits muss aber auch die permanente Überforderung beim Personal reduziert werden, weil sie zu einem Tagesgeschäft führt, welches nicht mehr richtig gemacht werden kann. Zum Beispiel benötigt im Baubewilligungswesen ein Entscheid rund fünf Monate. Auch bei anderen Themen haben wir die Grundlagen nicht. Wir haben in den letzten Jahren an der Substanz gekratzt. Wenn man die Investitionsplanung anschaut, haben wir viel geplant und nichts machen können, weil auch dort zum Teil Personal fehlt – also für Investitionen, die wir tätigen müssen, um attraktiv zu bleiben. Ihr könnt noch oft dem Personal Danke sagen. Das Personal erwartet aber gewisse Zeichen, und dass man hinter ihm steht, wenn es darauf ankommt.

Dass wir im Zusammenhang mit der Organisationsentwicklung geschrieben haben, wir brauchen dann für das Budget 14,05 Stellen, das würden wir so nicht mehr machen. Der Fokus war nur noch auf dieser Stellenerhöhung. Das war ein Fehler. Personal anzustellen ist kein Selbstzweck. Das Schlimmste wäre, Personal anzustellen, und dieses hätte nichts zu tun. Aber das Gegenteil ist der Fall.

Von den 14,05 Stellen sind 5,1 Stellen für regionale Projekte. Im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss der Feuerwehr/Bevölkerungsschutz sind dort 2,1 Stellen enthalten, die in diesem Bereich eine Einsparung von CHF 200'000 bewirken. Das Asylwesen können wir im Moment nicht selber stemmen. Das

kostet uns CHF 300'000. Auch beim Zivilstandsamt findet eine Regionalisierung statt. Dafür werden 1,8 Stellen benötigt. Dies hat ebenfalls finanzielle Folgen.

Weitere Stellen stehen im Zusammenhang mit dem generellen Wachstum (bspw. Schülerwachstum, Be-

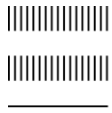
völkerungswachstum) oder sie betreffen strategische Entscheide, um weiterzukommen und an der Qualität zu arbeiten (z. B. im Finanzcontrolling oder in der Stadtentwicklung). Das Thema Stadtentwicklung war eine Empfehlung der FGPK. Diese zusätzlichen Bedürfnisse umfassen 5,3 Stellen vom Total von 14,05.



Stellenplan 2024

Kategorisierung Stellenbegehren	z.L. Zofingen	z.L. Dritte	Total
Verschiebung von Aufgaben (SZZ)	0,20		
Regionalisierung von Aufgaben		4,40	
Total Stellenverschiebungen			4,60
Unterjährig, zu Lasten Puffer 2023	0,30		
Mengenzunahme/Erhalt Leistungsqualität	3,85		
Total Wachstum (Bevölkerung, Schüler etc.)			4,15
Unterjährig, zu Lasten Puffer 2023	0,60		
Zusätzliche Bedürfnisse (zofingenregio)	0,10	0,70	
Zusätzliche Bedürfnisse Stadt	3,90		
Total zusätzliche Bedürfnisse			5,30
Total Stellenbegehren	8,95	5,10	14,05

Budget 2024 - ER



Der Stadtrat will dort ansetzen, wo es wichtig ist, um gut aufgestellt zu sein. Gerade im Bereich der Stadtentwicklung oder der Stadtplanung sind wir im Vergleich zu anderen Gemeinden fahrlässig unterwegs. Wir sind auf externe Leute angewiesen und es ist ganz wichtig, dass wir die Selbstkompetenz haben, um die die Stadt strategisch und übergeordnet voranzutreiben.

Der Stellenplan soll wie zusammengestellt unterstützt werden. Zum Puffer: Dieser gibt einen Spielraum für unvorhergesehene Aufgaben (z. B. Ukraine-Situation, regionale Aufgaben). Aufgrund von vermehrten Anfragen für die Übernahme von regionalen Aufgaben wurden beim Puffer diese 230 Prozent eingerechnet.

Bezüglich Organisationsentwicklung wurden sowohl hier im Einwohnerrat als auch in der FGPK Fragen beantwortet. Wir haben einen klaren Fahrplan. In diesem Jahr wird die Organisationsentwicklung gemacht und anfangs nächstes Jahr wird die Frage bezüglich der Grösse des Stadtrats beantwortet, damit wir auf die neue Legislatur hin bereit sind. Wir sind auf Kurs und eine Einladung der Spezialkommission folgt bald. Der stadträtliche Antrag soll unterstützt werden.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Wie die Reorganisation gemacht wird, liegt in der alleinigen Kompetenz des Stadtrats. Ich bin gleicher Meinung wie der Stadtrat, dass es eine Weiterentwicklung braucht. Ohne Weiterentwicklung besteht die Gefahr, dass gewisse Angestellte die Stadtverwaltung verlassen. Umgekehrt besteht die Gefahr, dass man mit der Weiterentwicklung übertreibt. Man muss einen Mittelweg finden. Als Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen können wir unseren Beitrag über die Finanzen leisten. Im Rahmen der Lohnsummenerhöhung wird auch ein Teuerungsausgleich gesprochen. Es ist nicht so, dass alle Stellen gestrichen werden, sondern es sind nach wie vor Stellen enthalten. Und wenn der externe Revisor aufgrund der Steuerausstände empfiehlt, eine zusätzliche Stelle zu schaffen, dann leistet man dem selbstverständlich Folge.

Die Politik ist per se nicht fair. Politik ist ein Widerstreit der Meinungen und Meinungen sind nicht wissenschaftlich begründet, sondern sind Haltungswerte. Ich halte mich gerne an Fakten. Wenn man sagt, es sei ein guter Finanzplan, ist das aus meiner Optik falsch. Ab 2027 haben wir ein operatives Defizit. Es ist meiner Meinung nach auch kein gutes Budget. Wir haben in der Vergangenheit nicht von der Substanz gelebt. Der Personaletat ist laufend erhöht worden.

Zur Arbeitgeberattraktivität: Die Bestandespflege der Mitarbeitenden macht man über den Teuerungsausgleich und Lohnerhöhungen am richtigen Ort.

Man kann nicht von unfairen Voten sprechen, wenn jemand eine andere Meinung zu diesem wichtigen Geschäft vertritt. Hier werden Weichen für mehrere Jahre gestellt. Es geht darum, die richtigen Argumente zu finden und es hat damit zu tun, wie man die Arbeit des Stadtrats bewertet.

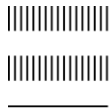
Die Reorganisation hängt sehr wohl mit der Finanzpolitik zusammen. Mit diesen Stellen sollte ein Effizienzgewinn erzielt werden. Wo aber erzielt man diesen Effizienzgewinn, wenn man 14 Stellen schaffen muss? Ist es vielleicht so, dass neue Aufgaben erfunden werden, man diese wieder hinterfragt und das Manöver dann wieder ausbremst und Doppelspurigkeiten schafft? Das Echo in der Verwaltung ist, dass sich der Stadtrat sehr stark operativ einmischt und es dadurch Ineffizienzen gibt. Diese werden nicht aufgelöst, indem man neue Stellen schafft. Dem gestellten Antrag soll Folge geleistet werden.

Peter Siegrist, Stadtrat

Seite 168: Macht Ausführungen zu den Puffern der Jahre 2023 und 2024.

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Jetzt stellt der Finanzvorsteher als Stadtrat tatsächlich die Frage an die Einwohnerräte, ob die Tabelle richtig oder falsch sei, um sein Budget zu beurteilen. In der Spalte 2023 hat es Stellenprozente



inklusive eines Puffers. Ich gehe schwer davon aus, dass wenn im Jahr 2023 Personal aus dem Puffer eingestellt worden ist, dieses im Puffer der Spalte 2024 ganz sicher nicht mehr enthalten ist, weil die Stellen irgendwo in den Abteilungen enthalten sind. Wie der Stadtrat die 16'489 Stellenprozente ausgestaltet, ist ihm überlassen.

Ich lasse es nicht zu, dass mindestens meine Fraktion die Schuldtragenden sein sollen, dass irgendwo bei den Mitarbeitenden Leid im Alltag entstehen soll. Wir stehen hinter dem Personal. Sollte die neue Summe von 16'489 Stellenprozente nicht ausreichen, kann der Stadtrat jederzeit mit einem Geschäft an den Einwohnerrat gelangen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Danke für die Präzisierung. Demnach ist es dem Stadtrat überlassen, wo er die entsprechenden Kürzungen vornehmen will. Ich würde es als erstes gerade beim Puffer machen und nachher mit jedem Stellenpromille wieder in den Einwohnerrat kommen.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Politik macht wirklich Spass. Wenn man aber hier vorne sitzt und sich Kritik anhören muss, die sich auf der persönlichen Ebene bewegt, weil einem wahrscheinlich die Argumente fehlen, dann ist das auch nicht Politik. Politik hat mit der Sache zu tun und ich bitte um einen gewissen Respekt auch gegenüber dem Stadtrat. Der Stadtrat leistet auch in dieser Amtsperiode viel, gestaltet und hat einige Themen aufgegriffen, die man seit Jahren vor sich hergeschoben hat.

Antrag von Daniel Gygax

Das Total Stellenprozente der Einwohnergemeinde von 16'889 Stellenprozente sei um 400 Stellenprozente auf neu Total 16'489 Stellenprozente zu reduzieren.

Abstimmung

Der Antrag von Daniel Gygax wird mit 26:12 (ja/nein) Stimmen angenommen.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

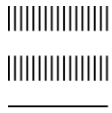
Ich habe eine Frage zum weiteren Vorgehen. Der Stellenplan ist jetzt gekürzt worden. Es ist noch ein anderer Antrag von Markus Gfeller angenommen worden. Es werden vielleicht noch andere Anträge angenommen. Ich gehe davon aus, dass das Budget in der Schlussabstimmung angenommen wird. Der Stadtrat wird das Budget korrigieren und die definitive Version vorlegen. Wir haben 400 Stellenprozente herausgestrichen. Wenn ich das rechne, macht das in der Geldsumme ungefähr CHF 500'000 aus. Sieht der Stadtrat das in der ähnlichen Grössenordnung und wenn nicht, wie denkt er vorzugehen?

Peter Siegrist, Stadtrat

Wir werden das Budget beim Stellenplan und beim Viehversicherungsverein anpassen. Das Personalbudget ist auf diversen Funktionen und Positionen verteilt. Das bleibt bestehen, wird aber nicht überall umgesetzt. Wir wissen jetzt noch nicht, wo wir einsparen werden. Dafür benötigen wir noch Zeit. Es wird dort aber einen tieferen Personalaufwand geben.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Wird es für den Einwohnerrat irgendwann und irgendwo ersichtlich sein, wo konkret Stellen eingespart worden sind und wie gross die entsprechende Summe im Jahr 2024 war?



Peter Siegrist, Stadtrat
Ja, in der Jahresrechnung.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Der Stadtrat nimmt die Vorgaben des Einwohnerrats ernst. Der Stadtrat wird jetzt darüber diskutieren, wo er diese Stellen einsparen will. Dies wird in der Rechnung 2024 dann ersichtlich sein. Im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2023, oder mindestens in der FGPK, werden wir sagen können, wo wir die angedachten Stellen nicht realisieren werden.

8. Anträge (Seite 174)
Keine Wortmeldungen

Die Investitions- und Finanzpläne 2024–2033 werden im Detail beraten.

1. Einleitung (Seite 4)
Keine Wortmeldungen

2. Investitionspläne (Zusammenfassung und Anmerkungen zu Projekten) (Seiten 5 ff.)
Keine Wortmeldungen

3. Finanzpläne (Seiten 25 ff.)
Keine Wortmeldungen

4. Ausblick (Seiten 31 f.)
Keine Wortmeldungen

Hansrudolf Hauri, Einwohnerrat

Rückkommen auf 2.1.2 Personalaufwand, Seite 9: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die individuellen und generellen Lohnanpassungen zu hoch sind und ist mit den 2,4 Prozent nicht einverstanden. Die SVP sieht ein, dass man einen Teuerungsausgleich machen muss und die Mitarbeitenden diesen auch verdient haben. Dieser soll aber von 2,4 um 0,4 auf 2 Prozent gekürzt werden.

Antrag

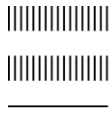
Die SVP-Fraktion beantragt, die geplanten individuellen und generellen Lohnanpassungen von 2,4 % auf 2 % zu kürzen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Vor einem Jahr hat die SP-Fraktion einen Antrag gestellt, die Lohnerhöhung um 0,5 Prozent zu erhöhen. Der Einwohnerrat hat 1,9 % bewilligt. Die Teuerung betrug letztes Jahr 2,8 Prozent. Aktuell bewegt sie sich bei ca. 2 %. Das liest man in der Botschaft zum Budget auf Seite 4. Die 2023 ausgerichtete Lohnanpassung ist aus finanzpolitischen Gründen und im Sinne einer konstanteren Lohnpolitik mit gestaffelten Erhöhungen bewusst moderat ausgefallen. Wenn man letztes Jahr auf «bewusst moderat» und nicht auf Teuerungsausgleich gegangen ist, dann ist man auch dieses Jahr bewusst moderat und stützt den Antrag des Stadtrats.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Wenn man mit den anderen Gemeinden und auf kantonaler Ebene vergleicht, dann sind die 2,4 % absolut im Rahmen. Wir müssen uns auch bewusst sein, wieviel mit einer Reduktion von 0,4 % insgesamt eingespart wird. Das muss man ins Verhältnis setzen. Es ist ein Zeichen der Wertschätzung



gegenüber der Verwaltung, die wir vorher gelobt haben. Dem Antrag der SVP werden wir nicht folgen.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Dem Antrag soll nicht stattgegeben werden. Die Kriterien im Zusammenhang mit einer Lohnerhöhung sind im § 37 des Personalreglements festgelegt. Es sind dies: Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, die allgemeine wirtschaftliche Situation, die finanzielle Situation der Arbeitgeberin, die Situation auf dem Personalmarkt und die Stellungnahme der Personalvertretung. Der Stadtrat hat die fünf Punkte beurteilt und ist auf eine generelle und individuelle Lohnanpassung von 2,4 Prozent gekommen.

Es besteht ein Nachholbedarf aus den Vorjahren. Die Jahreststeuerung beträgt im Moment 2,2 %. Bezüglich Arbeitgeberattraktivität hat das Monetäre an Gewicht zugenommen. Der Austausch mit der Personalkommission hat stattgefunden und diese stützt den Vorschlag. Es ist wichtig, dass man zusammen mit der Belegschaft eine gute Lösung erarbeitet.

Zu den finanziellen Auswirkungen: Für die Einwohnergemeinde machen 0,1 % der Lohnsumme CHF 11'500 aus. Bei einer Reduktion von 0,4 % macht das CHF 46'000 aus. Beim Seniorenzentrum betragen 0,1 % CHF 7'500. Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat, nicht auf den Antrag einzutreten. Das wäre ein schlechtes Signal.

René Schindler, Einwohnerrat

Wir geben nicht keine Lohnerhöhung. Weshalb soll die Verwaltung diese Lohnerhöhung erhalten, wenn in der Wirtschaft 1,9 % gezahlt werden, diese bei weitem aber nicht jeder erhält? Bei einem Jahreslohn von CHF 150'000 macht das bei 2,4 % CHF 3'600 aus. Wir sind nicht gegen eine Lohnerhöhung, aber für eine Lohnerhöhung, mit der die Privatwirtschaft mithalten kann.

Antrag

Die SVP-Fraktion beantragt, die geplanten individuellen und generellen Lohnanpassungen von 2,4 % auf 2 % zu kürzen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 9:29 (ja/nein) Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

1. *Das Budget 2024 der Einwohnergemeinde (beinhaltend die Erfolgsrechnung mit einem Steuerfuss von 99 %, die Investitionsrechnung und die Stellenpläne) sei zu genehmigen.*

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 37:1 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

2. *Von den Investitions- und Finanzplänen 2024–2033 sei Kenntnis zu nehmen.*

Von den Investitions- und Finanzplänen 2024–2033 wird mit 33:5 (ja/nein) Stimmen Kenntnis genommen.



Traktandum 5 – Umfrage

Franziska Kremer, Einwohnerrätin

Wie sieht es bezüglich der Unteren Vorstadt mit der Vergabe an einen Investor aus?

Christiane Guyer, Stadtrat

Der Stadtrat hat nach möglichen Investoren gesucht und intensive Gespräche geführt. Es sind gute Angebote eingetroffen. Die Untere Vorstadt soll im Baurecht abgegeben werden. Der Stadtrat hat den Entscheid für den Zuschlag gefällt. Dieser wird zu einem späteren Zeitpunkt kommuniziert.

Traktandum 6 – Verabschiedungen

Verabschiedung zurücktretendes Mitglied des Einwohnerrats

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Er verabschiedet Einwohnerrat Yves Studer, dankt ihm für das politische Engagement für die Stadt Zofingen und übergibt ihm anschliessend das Stadtgeschenk.

Verabschiedung des Einwohnerratspräsidenten

Matthias Hostettler, Vizepräsident

Er übernimmt die Verabschiedung des abtretenden Einwohnerratspräsidenten, würdigt sein Wirken als Präsident und Mitglied des Einwohnerrats Zofingen und übergibt ihm anschliessend die Stadtgeschenke.

Traktandum 7 – Schlussansprache des Einwohnerratspräsidenten

Christian Nöthiger, Ratspräsident

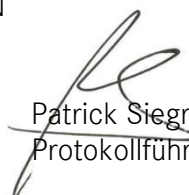
Verabschiedet sich aus dem Amt als Einwohnerratspräsident mit einer persönlichen Bilanz der letzten Jahre, bedankt sich bei allen für die Zusammenarbeit, das Engagement und die Fairness in der Diskussion und wünscht dem neuen Präsidenten viel Freude und Erfolg in der neuen Funktion.

Der Präsident weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 18. März 2024 hin und schliesst die Sitzung um 21:56 Uhr.

Zofingen, 6. Februar 2024

EINWOHNERRAT ZOFINGEN


Dr. Christian Nöthiger
Präsident


Patrick Siegrist
Protokollführer